

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Abkürzungsverzeichnis	LVII
Literaturverzeichnis	LXV
Einführung (§ 1)	1
Kapitel I. Im Vorfeld der Insolvenz	25
Kapitel II. Das Insolvenzeröffnungsverfahren (§§ 4–16)	99
Kapitel III. Das eröffnete Insolvenzverfahren (§§ 17–75)	375
1. Abschnitt. Die Verfahrensbeteiligten (§§ 17–23)	375
2. Abschnitt. Die Insolvenzmasse (§§ 24–29)	458
3. Abschnitt. Rechtsfolgen der Insolvenzeröffnung im Allgemeinen (§§ 30, 31)	485
4. Abschnitt. Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf Prozesse und Zwangsvollstreckungen (§§ 32, 33)	517
5. Abschnitt. Gegenseitige Verträge (§§ 34–38)	547
6. Abschnitt. Aussonderung, Abrechnung, Aufrechnung (§§ 39–45)	619
7. Abschnitt. Insolvenzanfechtung (§§ 46–52)	809
8. Abschnitt. Die Befriedigung der Massegläubiger (§§ 53–60)	976
9. Abschnitt. Die Befriedigung der Insolvenzgläubiger (§§ 61–65)	999
10. Abschnitt. Das Insolvenzplanverfahren (§§ 66–73)	1038
11. Abschnitt. Die Beendigung des Insolvenzverfahrens (§§ 74, 75)	1117
Kapitel IV. Restschuldbefreiung (§§ 76–80)	1137
Kapitel V. Verbraucherinsolvenzverfahren und sonstige Kleinverfahren (§§ 81–85)	1228
Kapitel VI. Eigenverwaltung des Schuldners (§§ 86–90)	1275
Kapitel VII. Besonderheiten der Gesellschaftsinsolvenz (§§ 91–96)	1323
Kapitel VIII. Die Stellung der Banken (§§ 97–103)	1707
Kapitel IX. Arbeitsrecht und Insolvenz (§§ 104–110)	1801
Kapitel X. Die Nachlassinsolvenz (§§ 111–119)	2135
Kapitel XI. Steuerrecht (§§ 120–126)	2201
Kapitel XII. Kosten der Insolvenz (§§ 127, 128)	2247
Kapitel XIII. Internationales Insolvenzrecht (§§ 129–135)	2285
Sachregister	2439

Inhaltsverzeichnis

§ 1. Einführung	
I. Geschichte des Insolvenzrechts	4
II. Die Konkursordnung von 1877	5
III. Funktionswandel und Funktionsverlust des Konkurses	7
IV. Grundzüge der Insolvenzrechtsreform	10
V. Zehn Jahre Erfahrungen mit dem neuen Recht	16
1. Bisherige Reformen	16
2. Verbleibende Problembereiche	17
3. Offene Gesetzesvorhaben	22
VI. Ausblick	23

Kapitel I. Im Vorfeld der Insolvenz

§ 2. Die Krise	
I. Zum Begriff „Krise“	30
II. Erkennung sich anbahnender Krisen	31
1. Auf Jahresabschluss-Daten gestützte Kennzahlen	32
2. Cashflow-Konzeptionen	47
3. Rentabilitäten und Krisenerkennung	51
4. Krisenerkennung und Residualgewinne	55
5. Ergebnisse	61
III. Zum Problem der wirtschaftlichen Vertretbarkeit von Sozialplänen	62
§ 3. Außergerichtliche Sanierungsentscheidungen	
I. Struktur des Problems	63
II. Hintergrund: Regelungen der InsO	65
III. Anstoß zu Verhandlungen	67
1. Kreditgeber als Impulsgeber	67
2. Eigeninteresse und Verhandlungseintritt	73
VI. Sanierungskredite	74
1. Übersicht	74
2. Mögliche Vorteile „verdeckter“ Sanierungen	75
3. Verhalten der Bank als Kreditgeber und Rechtsprechung	75
4. Gesellschafterdarlehen und Sanierungskredit	78
V. Umwandlung von Forderungen in Beteiligungen	84
1. Beteiligung am Nennkapital	84
2. Stille Beteiligung	87
3. Arbeitnehmerbeteiligung	88
VI. Forderungsverzichte	89
VII. Besserungsscheine und Wandelgenussrechte	91
1. Besserungsscheine	91
2. Wandelgenussrechte	94
VIII. Probleme der steuerlichen Verlustverwertung	96

Kapitel II. Das Insolvenzöffnungsverfahren

§ 4. Der Insolvenzöffnungsantrag als Entscheidungsprozess für Gläubiger und Schuldner	
I. Das Insolvenzverfahren als Antragsverfahren	104
II. Die wirtschaftliche Krise als Vorphase der Insolvenzreife	105

III. Vor- und Nachteile des Insolvenzverfahrens	105
1. Vor- und Nachteile für den Gläubiger als Antragsteller	106
2. Vor- und Nachteile des Eigenantrags eines Schuldners	115
IV. Der Entscheidungsprozess „Gerichtliches Verfahren oder Außergerichtlicher Vergleich?“	117
1. Analyse der Unternehmenssituation	117
2. Mediation als alternative Form der Insolvenzbewältigung	118
§ 5. Die Insolvenzfähigkeit des Schuldners	
I. Der Begriff der Insolvenzfähigkeit	120
II. Insolvenzfähigkeit von natürlichen Personen	121
III. Insolvenzfähigkeit juristischer Personen	122
IV. Insolvenzfähigkeit des nicht rechtsfähigen Vereins	122
V. Insolvenzfähigkeit einer Gesellschaft ohne Rechtspersönlichkeit	123
VI. Insolvenzfähigkeit des Nachlasses	123
VII. Insolvenzfähigkeit des Gesamtguts einer fortgesetzten Gütergemeinschaft	124
VIII. Insolvenzfähigkeit von Vor- und Nachgesellschaften	124
1. Insolvenzfähigkeit der Vorgründungsgesellschaft	124
2. Insolvenzfähigkeit der Vorgesellschaft	124
3. Insolvenzfähigkeit von Nachgesellschaften	125
4. Insolvenzfähigkeit sonstiger Vermögensmassen	127
5. Insolvenzfähigkeit bei Verschmelzung und Umwandlung	128
IX. Insolvenzunfähigkeit	129
1. Insolvenzunfähigkeit des Bundes und der Länder	129
2. Insolvenzunfähigkeit bestimmter juristischer Personen des öffentlichen Rechts	129
3. Insolvenzunfähigkeit der WEG	130
4. Sonstige insolvenzunfähige Institutionen	131
X. Örtliche Zuständigkeit und Zuständigkeitserschleichung	131
§ 6. Die Insolvenzgründe als Verfahrensauslöser	
I. Der Insolvenzgrund als Rechtfertigung von Eingriffen in das Schuldnervermögen und in Gläubigerpositionen	133
II. Zahlungsunfähigkeit	134
1. Der Begriff	134
2. Die Feststellung der Zahlungsunfähigkeit	137
III. Drohende Zahlungsunfähigkeit	139
1. Der Begriff der drohenden Zahlungsunfähigkeit	139
2. Die Feststellung der drohenden Zahlungsunfähigkeit	140
IV. Überschuldung	143
1. Der Begriff der Überschuldung	143
2. Überschuldung und Unterbilanz	146
3. Überschuldung und Unterkapitalisierung	147
4. Die Überschuldungsprüfung	147
V. Der Überschuldungsstatus	151
1. Aktivposten des Überschuldungsstatus	151
2. Passivposten des Überschuldungsstatus	155
3. Besonderheiten der GmbH & Co KG	159
§ 7. Die Rechtsfolgen eines Insolvenzgrundes bei beschränkt haftenden Gesellschaften des Handelsrechts und sonstigen juristischen Personen oder Nachlässen	
I. Allgemeines	161
II. Die Insolvenzantragspflicht	161
1. Grundsätzliches	161
2. § 15 a InsO	162

3. Besondere Insolvenzantragspflichten	165
4. Führungslosigkeit	166
5. Vor- und Nachgesellschaften	167
III. Die Rechtsfolgen einer schuldhaften Verletzung der Insolvenzantragspflicht	168
1. Die privatrechtlichen Sanktionen	168
2. Die strafrechtliche Verantwortung antragspflichtiger Organe	172
IV. Die Aufklärungspflicht gegenüber Geschäftspartnern	173
V. Die Informations- und Sanierungspflicht organschaftlicher Vertreter gegenüber der Gesellschaft	174
VI. Strafbare Bankrottthandlungen	175
1. Bankrott	176
2. Gläubiger- und Schuldnerbegünstigung	178
3. Sonstige Insolvenzdelikte	179
VII. Umgründung und Niederlegung von Ämtern in der Unternehmenskrise	180
1. Umgründung und Umwandlung	180
2. Amtsniederlegung durch organschaftliche Vertreter nach Eintritt der Insolvenzreife	180

§ 8. Das Insolvenzantragsrecht

I. Eröffnungsantragsrecht des Schuldners	183
1. Natürliche Personen	183
2. Personengesellschaften	185
3. Kapitalgesellschaft & Co.	185
4. Juristische Personen	186
5. Rechtsträger mit ausländischem Gesellschaftsstatut	188
6. Fehlerhaft bestellte organschaftliche Vertreter	190
7. Faktische Geschäftsführer	190
8. Führungslose Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit	190
9. Antragsrecht bei drohender Zahlungsunfähigkeit und beim Insolvenzplan	191
10. Antragsrecht bei Kredit- Finanzdienstleistungs- und Versicherungsunternehmen ..	192
II. Eröffnungsantragsrecht des Gläubigers	192
1. Grundsatz: Insolvenzgläubiger	192
2. Auswechseln und Nachschieben von Forderungen	192
3. Dinglich gesicherte Gläubiger	192
4. Bedingte oder nicht fällige Forderungen	192
5. Beschränkung der Einziehungsbefugnis (Verpfändung, Beschlagnahme uä)	193
6. Befreiungsanspruch bei Mithaftung	193
7. Arbeitnehmer, Betriebsrentner	193
8. Träger der Insolvenzversicherung für Arbeitsentgelt und Betriebsrenten	194
9. Öffentlich-rechtliche Gläubiger	194
10. Verzicht des Gläubigers auf das Antragsrecht	194
III. Antragsrecht der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht	194
IV. Antragsrecht des ausländischen Insolvenzverwalters	195
V. Nachträglicher Wegfall des Antragsrechts	195
1. Grundsatz	195
2. Eigenantrag	195
3. Gläubigerantrag	195
4. Wegfall nach Verfahrenseröffnung	196
VI. Haftung des Antragstellers bei unberechtigter Antragsstellung	196
1. Haftung beim Gläubigerantrag	196
2. Haftung beim Eigenantrag	197

§ 9. Form und Inhalt des Eröffnungsantrags

I. Allgemeine Anforderungen an den Antrag	198
1. Form des Antrags	198
2. Bezeichnung der Parteien	199

3. Antragsziel	200
4. Bezeichnung der Verfahrensart	200
5. Darlegung der internationalen und örtlichen Zuständigkeit	200
6. Unzulässigkeit von Bedingungen	200
II. Antragsstellung durch Bevollmächtigte	201
1. Prokura, Handlungsvollmacht, Generalvollmacht beim Eigenantrag	201
2. Verfahrensbevollmächtigte	202
III. Besonderheiten beim Eigenantrag	202
1. Notwendigkeit einer Antragsbegründung	202
2. Darstellung des Eröffnungsgrundes (Finanz- und Vermögenslage)	203
3. Natürliche Personen	204
4. Juristische Personen, Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	204
IV. Besonderheiten beim Gläubigerantrag	204
1. Glaubhaftmachung der Forderung	205
2. Glaubhaftmachung des Eröffnungsgrundes	206
3. Rechtliches Interesse des Gläubigers	207
V. Eröffnungsanträge öffentlich-rechtlicher Gläubiger	210
1. Grundsätze	210
2. Glaubhaftmachung der Forderung	211
3. Glaubhaftmachung des Eröffnungsgrundes	212
 § 10. Antragsrücknahme und Erledigungserklärung	
I. Antragsrücknahme	212
1. Allgemeines	212
2. Rücknahmebefugnis beim Eigenantrag	213
3. Zeitliche Beschränkung	214
4. Folgen der Rücknahme	214
5. Kosten	215
II. Erledigungserklärung	215
1. Allgemeines	215
2. Kein Widerspruch des Schuldners	216
3. Widerspruch des Schuldners	216
III. Missbrauchsfälle	217
IV. Kosten des vorläufigen Insolvenzverwalters bei Antragsrücknahme oder Erledigungserklärung	218
 § 11. Das Verfahren beim Eigenantrag des Schuldners	
I. Prüfung der Zulässigkeit des Antrags	219
1. Prüfungsgegenstand	219
2. Zwischenverfügung des Gerichts	219
3. Verbraucherinsolvenz	220
4. Vorläufige Feststellung der Zulässigkeit	220
5. Hinweis auf Restschuldbefreiung	220
6. Hinweis auf Stundung der Verfahrenskosten	221
II. Anhörung weiterer Antragsberechtigter aus der Sphäre des Schuldners	221
1. Juristische Personen, Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit	221
2. Nachlassinsolvenz, Gesamtgutinsolvenz	222
III. Gerichtliche Ermittlungen zur Vorbereitung der Eröffnungsentscheidung	222
IV. Tod des Schuldners während des Eröffnungsverfahrens	222
 § 12. Das Verfahren beim Gläubigerantrag	
I. Allgemeines	224
II. Prüfung der Zulässigkeit des Antrags	225
1. Prüfungsgegenstand	225
2. Zwischenverfügung des Gerichts	225

3. Vorläufige Feststellung der Zulässigkeit (sog Zulassung)	225
4. Parallelanträge	226
III. Anhörung des Schuldners	226
1. Gewährung des rechtlichen Gehörs	226
2. Anzuhörende Personen	227
3. Zustellung des Antrags	228
4. Art und Themen der Anhörung	228
5. Unterlassung der Anhörung	229
6. Hinweispflicht zur Restschuldbefreiung bei natürlichen Personen	229
IV. Schutzschrift	230
V. Reaktionen des Schuldners	230
1. Bestreiten allgemeiner Zulassungsvoraussetzungen	230
2. Bestreiten der Forderung	230
3. Bestreiten des Eröffnungsgrundes	232
4. Zahlungen an den Gläubiger	233
5. Ankündigung von Zahlungen	233
VI. Weiterer Gang des Verfahrens	233
VII. Tod des Schuldners während des Eröffnungsverfahrens	234

§ 13. Die Aufklärung der sachlichen Eröffnungsvoraussetzungen

I. Feststellung der Eröffnungsgründe und der Kostendeckung	234
1. Amtsermittlungen	234
2. Unanfechtbarkeit von Beweisanordnungen	235
3. Eröffnungsverfahren als Eilverfahren	235
4. Zulässige Beweismittel	236
5. Beauftragung eines Sachverständigen	236
II. Auskunft- und Mitwirkungspflicht des Schuldners	236
1. Voraussetzungen	237
2. Auskunftspflicht	237
3. Unterstützungspflicht	238
4. Bereitschaftspflicht	239
5. Verpflichtete Personen	239
6. Zwangsmittel, sonstige Sanktionen, Restschuldbefreiung	240
III. Rechtliches Gehör zum Ermittlungsergebnis	240
1. Anhörung bei Eröffnungsreife	240
2. Anhörung vor Ablehnung der Eröffnung	241
IV. Akteneinsicht und Sachstandsakünfte im Eröffnungsverfahren	241

§ 14. Einstweilige Maßnahmen des Insolvenzgerichts

I. Das Regelungsziel der §§ 21, 22 InsO	243
II. Allgemeine Voraussetzungen für die Anordnung von Sicherungsmaßnahmen	244
1. Zulässigkeit und „Zulassung“ des Insolvenzantrages?	244
2. Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit	245
III. Inhalt und Wirkungen der Sicherungsmaßnahmen	246
1. Der Regelungsgehalt der §§ 21, 22 InsO	246
2. Die Unwirksamkeit anordnungswidriger Rechtshandlungen	246
3. Sofortige Beschwerde und Aufhebung von Sicherungsmaßnahmen	249
IV. Die Sicherungsmaßnahmen im Einzelnen	254
1. Die Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	254
2. Die Anordnung eines Verfügungsverbots	257
3. Die Anordnung eines Zustimmungsvorbehalts	261
4. Die Einstellung oder Untersagung von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	264
5. Die Anordnung einer vorläufigen Postsperrre	266
6. Die Anordnung eines Verwertungs- und Einziehungsverbots für aus- und absonderungsberechtigte Gläubiger	267
7. Sonstige Sicherungsmaßnahmen	269

V. Die Rechtswirkungen der Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters	270
1. Der vorläufige Insolvenzverwalter ohne Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	270
2. Der vorläufige Insolvenzverwalter mit Zustimmungsvorbehalt	274
3. Der vorläufige Insolvenzverwalter mit Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	276
4. Die Wirksamkeit von Rechtshandlungen des vorläufigen Insolvenzverwalters bei vorzeitiger Verfahrensbeendigung	279
VI. Die Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters	280
1. Die Aufsicht des Insolvenzgerichts	280
2. Die allgemeinen Pflichten des vorläufigen Insolvenzverwalters	281
3. Die allgemeinen Rechte des vorläufigen Insolvenzverwalters	287
4. Die Rechtsstellung gegenüber aus- und absonderungsberechtigten Gläubigern	292
5. Der vorläufige Insolvenzverwalter in Sonderrechtsgebieten	296
6. Die Vergütung des vorläufigen Insolvenzverwalters	306
7. Die Haftung des vorläufigen Insolvenzverwalters	311
8. Zwangsmaßnahmen und Entlassung des vorläufigen Insolvenzverwalters	317
VII. Die Rechtsstellung des vorläufigen Insolvenzverwalters mit Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	318
1. Inbesitznahme des Schuldnervermögens und Herausgabevollstreckung	318
2. Vom vorläufigen Insolvenzverwalter begründete Verbindlichkeiten	320
3. Die Pflicht zur einstweiligen Unternehmensfortführung	322
4. Die Pflicht zur Betriebsstilllegung	325
VIII. Der Zahlungsverkehr im vorläufigen Insolvenzverfahren	328
1. Überweisungsverkehr	328
2. Lastschriftenverkehr	330
3. Wechselverkehr	334
4. Scheckverkehr	334
5. Anweisungen nach BGB	335
IX. Auskunft- und Mitwirkungspflichten des Schuldners	335
1. Auskunftspflichten	335
2. Mitwirkungspflichten gegenüber dem vorläufigen Verwalter	336
 § 15. Massekostendeckung und Massekostenvorschuss	
I. Allgemeines	337
II. Die Massekostendeckung	338
1. Die gerichtliche Prüfung der Massekostendeckung	338
2. Keine Vorschussanforderung bei Eigenantrag	343
III. Der Massekostenvorschuss des Gläubigers	344
1. Anforderung des Vorschusses	344
2. Auflagenbeschluss und Rechtsmittel	345
3. Der Massekostenvorschuss bei mehreren Antragstellern	345
4. Der Massekostenvorschuss als Treuhandvermögen	346
5. Keine Insolvenzkostenhilfe für Massekostenvorschüsse	346
6. Die Berechnung des Massekostenvorschusses	347
7. Erstattungsansprüche gegen antragspflichtige Personen	348
 § 16. Verfahrensabschließende Entscheidungen des Insolvenzgerichts	
I. Allgemeines	351
II. Zurückweisung des Insolvenzantrags als unzulässig	352
III. Zurückweisung des Insolvenzantrags als unbegründet	353
IV. Abweisung mangels Masse	354
1. Rechtliches Gehör	456
2. Veröffentlichung des Abweisungsbeschlusses	358
3. Eintragung des Schuldners in das Schuldnerverzeichnis	358
4. Löschung des Schuldners im Schuldnerverzeichnis	359
5. Rechtsmittel gegen den Abweisungsbeschluss	360

6. Rechtsfolgen der Abweisung für Gesellschaften des Handelsrechts	360
7. Berufs- und gewerberechtliche Folgen	361
8. Die Kostenentscheidung bei Abweisung mangels Masse	362
V. Die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	364
1. Der Insolvenzeröffnungsbeschluss	365
2. Wirksamwerden des Eröffnungsbeschlusses	368
3. Bekanntmachung	369
4. Mitteilungspflichten	369
VI. Rechtsmittel im Insolvenzverfahren	369
1. Rechtsmittel gegen Sicherungsmaßnahmen nach § 21 InsO	369
2. Die Beschwerde bei Abweisung des Eröffnungsantrags	370
3. Sofortige Beschwerde gegen den Eröffnungsbeschluss	372
4. Der Ausschluss der sofortigen Beschwerde in sonstigen Fällen	373

Kapitel III. Das eröffnete Insolvenzverfahren

1. Abschnitt. Die Verfahrensbeteiligten

§ 17. Das Insolvenzgericht

I. Allgemeiner Standort im Verfahren	382
II. Zuständigkeiten	383
1. Verfahrenszuständigkeit	383
2. Örtliche Zuständigkeit	384
3. Funktionelle Zuständigkeit	385
III. Kompetenzen	386
1. Allgemeines	386
2. Einzelne Kompetenzen	386
IV. Gerichtsverfahren	387
1. Allgemeines	387
2. Besondere Verfahrensregelungen der InsO	388
3. Verfahrensregelungen der ZPO	391
4. Verfahrensregelungen des GVG	391
V. Verfahrens- und Prozesskostenhilfe	392
1. Allgemeines	392
2. Verfahrenskostenhilfe	392
3. Prozesskostenhilfe	394

§ 18. Der Insolvenzschnldner

I. Rechtsstellung	396
1. Übergang der Rechtsausübung	396
2. Ausnahmen	396
3. Rechtsträgerstellung	396
4. Öffentliche Rechtsstellung	396
5. Aktive Einflussnahme	397
II. Pflichten	397
1. Auskunftspflicht	397
2. Mitwirkungspflicht	397
3. Präsenzpflicht	398
4. Duldung der Postsperrre	398
5. Mitwirkung bei der Vermögensaufnahme	399
III. Befugnisse	399
1. Antragsrechte	399
2. Anhörungsrechte	399
3. Anwesenheits- und Einsichtsrechte	400
4. Auskunftsrechte	400

5. Beschwerderechte	400
6. Erstreckung auf Organmitglieder und persönlich haftende Gesellschafter, frühere Angestellte	401
§ 19. Die Insolvenzgläubiger	
I. Rechtsstellung	401
1. Allgemeines	401
2. Befugnisse im Verfahren	402
II. Persönlicher Anspruch	404
III. Vermögensanspruch	405
IV. Begründung vor Verfahrenseröffnung	405
1. Allgemeinfälle	405
2. Einzelfälle	406
V. Unterhaltsansprüche	408
VI. Forderungsumrechnung	408
1. Geldwerte Leistungsansprüche	408
2. Im Betrag unbestimmte Zahlungsansprüche	408
3. Ansprüche in Fremdwährung oder Rechnungseinheit	408
VII. Wiederkehrende Leistungen	408
VIII. Nachrangige Insolvenzgläubiger	409
§ 20. Die Gläubigerversammlung	
I. Rechtsstellung	410
1. Herrin des Verfahrens	410
2. Macht und Ohnmacht	411
II. Verfahrensstruktur	411
1. Einberufung	411
2. Stimmrecht	412
3. Leitung	413
III. Kompetenzen	413
1. Wahlbefugnisse	413
2. Informationsbefugnisse	414
3. Entscheidungsbefugnisse in Grundfragen der Insolvenzabwicklung	414
4. Unterhaltsgewährung	414
§ 21. Der Gläubigerausschuss	
I. Rechtsstellung	415
II. Verfahrensstruktur	416
1. Bestellung und Amtsbeendigung	416
2. Verfahrensordnung	417
III. Kompetenzen	418
1. Allgemeine Befugnisse	418
2. Spezielle Befugnisse	419
§ 22. Der Insolvenzverwalter	
I. Rechtsstellung	421
1. Aufgaben und Befugnisse	421
2. Pflichten und Sanktionen	422
3. Bestellung und Amtsbeendigung	423
4. Das Fiasko des Theorienstreits	426
II. Verwaltung	428
1. Sammlung, Sichtung und Sicherung der Masse	428
2. Vorläufige Erhaltungsmaßnahmen	431
3. Einstweilige Unternehmensfortführung	431

III. Befriedigung der Gläubigeransprüche	433
1. Anmeldung, Prüfung und Feststellung der Gläubigerforderungen	434
2. Liquidation	434
3. Insolvenzplan	437
IV. Vorzeitige Beendigung des Verfahrens	438
1. Einstellung mangels Masse	438
2. Einstellung wegen Masseunzulänglichkeit	438
V. Schlussrechnung	439
1. Allgemeines	439
2. Inhalt	440
VI. Steuerrechtliche Stellung	441
1. Des Insolvenzverwalters	441
2. Des vorläufigen Insolvenzverwalters	444
3. Des Treuhänders und Sachwalters	445
 § 23. Die Haftung der Verfahrensbeteiligten	
I. Allgemeines	446
II. Haftung des Insolvenzverwalters	447
1. Insolvenzspezifische Haftung	447
2. Haftung wegen Nichtausgleich von Masseverbindlichkeiten als Sonderfall der insolvenzspezifischen Haftung	450
3. Deliktshaftung	451
III. Haftung der Mitglieder des Gläubigerausschusses	451
1. Das Grundkonzept	451
2. Einzelne Haftungsfälle	452
IV. Staatshaftung bei Amtspflichtverletzung des Insolvenzgerichts	453
1. Allgemeines	453
2. Einzelne Haftungsfälle	453
3. Privilegfrage	453
V. Haftung der Absonderungs-, Masse und Insolvenzgläubiger	455
1. Sonderregelung (§ 28 II 3 InsO)	455
2. Deliktshaftung	455
VI. Haftung des Insolvenzschuldners	456
VII. Haftungskonkurrenzen der Verfahrensbeteiligten	456
1. Allgemeines	456
2. Sonderfälle	456

2. Abschnitt. Die Insolvenzmasse

§ 24. Rechtlicher Standort der Masse

I Gegenstand und Umfang der Masse	460
II. Rechtliche Zuordnung der Masse	462
III. Zweckbestimmung der Masse	462
IV. Sondermassen	462

§ 25. Zuordnung und Ausgrenzung der Massegegenstände

I. Allgemeines	463
II. Unbewegliches Vermögen	464
1. Grundstücke	464
2. Grundstücksgleiche Rechte	464
III. Bewegliches Vermögen	465
1. Bewegliche Sachen	465
2. Ansprüche (Forderungen)	465
3. Sonstige Rechte	471

§ 26. Zuordnung und Ausgrenzung der Massegegenstände in Sonderfällen	
I. Allgemeines	475
II. Das Unternehmen des Schuldners	475
1. Allgemeines	475
2. Firma	475
3. Marken und Warenzeichen	475
4. Gewerbe genehmigungen	476
5. Geschäftsunterlagen	476
III. Die freiberufliche Praxis des Schuldners	476
IV. Gestaltungsrechte zur Ergänzung der Masse	477
1. Allgemeine Gestaltungsrechte des Schuldners	477
2. Insolvenzspezifische Gestaltungsrechte	477
3. Gesamtschaden der Gläubiger	477
4. Persönliche Gesellschafterhaftung	478
5. Verwertungs- und Nutzungsrechte an Gläubigersicherungsrechten	479
6. Allgemeine Prozessführungsbefugnis des Verwalters	479
V. Ausgrenzung der Insolvenzmasse bei konkurrierender Zwangsverwaltung	479
§ 27. Veränderung des Umfangs der Masse nach Verfahrenseröffnung	
I. Zuwachs (Neuerwerb) um	480
II. Austausch	480
III. Verringerung	480
1. Allgemeines	480
2. Freigabe	481
§ 28. Streit über Massezugehörigkeit	481
§ 29. Gesamtgut bei Gütergemeinschaft	
I. Allgemeines	482
II. Gesamtgut bei Einzelverwaltung	483
III. Gesamtgut bei gemeinschaftlicher Verwaltung	483
IV. Gesamtgut bei fortgesetzter Gütergemeinschaft	483
V. Beendigung der Gütergemeinschaft	483
3. Abschnitt. Rechtsfolgen der Insolvenzeröffnung im Allgemeinen	
§ 30. Auswirkungen auf den Schuldner	
I. Unmittelbare Wirkungen	486
1. Berufsausübung; Ehrenämter	486
2. Verfahrensbedingte Pflichten und Grundrechtseinschränkungen	486
II. Mittelbare Wirkungen	490
III. Vermögensbezogene Auswirkungen	491
1. Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis	491
2. Besitzverhältnisse	491
3. Kaufmannseigenschaft	491
4. Arbeitgebereigenschaft	491
5. Wechselfähigkeit	491
§ 31. Materiell-rechtliche Folgen der Verfügungsbeschränkung	
I. Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte des Schuldners	492
1. Verpflichtungen des Schuldners	492
2. Verfügungen des Schuldners	492
3. Mehraktige Verfügungen (§§ 81, 91 InsO)	493
4. Unwirksamkeit von Verfügungen	493
5. Rechtserwerb an Massegegenständen nach Eröffnung	494
6. Einzelfälle zu § 81, 91 InsO	495

7. Verfügungen des Schuldners und öffentlicher Glaube des Grundbuchs	503
8. Verfügungen über künftige Bezüge	509
II. Leistungen an den Schuldner	509
1. Leistung in die Masse	509
2. Leistungen auf eingetragene Rechte	509
3. Andere Leistungen	510
4. Befreiende Leistung an den Schuldner	511
5. Leistung an Vertreter des Schuldners	511
III. Die Auswirkungen von Veräußerungsverboten	512
1. Gesetzliche relative Veräußerungsverbote	512
2. Gerichtliche relative Veräußerungsverbote	512
3. Behördliche relative Veräußerungsverbote	513
4. Absolute Veräußerungsverbote	513
5. Einzelfälle	513
6. Pfändung und Beschlagnahme in der Vollstreckung	515
IV. Der Schuldner als Erbe und Vermächtnisnehmer	515
1. Anfall vor oder nach Insolvenzeröffnung	515
2. Testamentsvollstreckung	515

4. Abschnitt. Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf Prozesse und Zwangsvollstreckungen

§ 32. Auswirkungen der Insolvenzeröffnung auf schwebende Prozesse

I. Grundgedanke und Anwendungsbereich	518
1. Regelungsanliegen des § 240 ZPO	518
2. Allgemeine Voraussetzungen	518
3. Allgemeine Folgen der Unterbrechung	523
II. Teilungsmassestreit, § 85 InsO – Aktivprozesse	525
1. Anwendungsbereich und Parteirolle	525
2. Befugnisse des Insolvenzverwalters im Allgemeinen (Aufnahme und Ablehnung) ...	526
3. Aufnahme des Verfahrens im Einzelnen	526
4. Ablehnung der Verfahrensaufnahme	528
5. Zögern des Insolvenzverwalters, § 85 I 2 InsO	528
6. Verfahrensfragen	529
III. Passivprozesse – Anwendungsbereich: Teilungsmassegegenstreit und Schuldenmasse- streit	530
1. Teilungsmassegegenstreit – Anwendungsbereich und Beispiele	530
2. Aufnahme des Rechtsstreits	531
3. Anerkenntnis durch den Verwalter, § 86 II InsO	532
4. Schuldenmassestreit	532

§ 33. Zwangsvollstreckungen und Arreste

I. Verbot der Einzelvollstreckung	535
1. Voraussetzungen des Verbots	535
2. Zwangsvollstreckung in künftige Forderungen	540
3. Wirkungen des Verbots	541
II. Zwangsvollstreckung bei Masseverbindlichkeiten	543
1. Normzweck	543
2. Anwendungsbereich	543
III. Rückschlagsperre	544
1. Normzweck	544
2. Betroffene Gläubiger	545
3. Betroffene Vollstreckungsmaßnahmen	545
4. Monatsfrist	545
5. Rechtsfolgen	546
6. Sonderregelungen	546

5. Abschnitt. Gegenseitige Verträge

§ 34. Grundlagen der Abwicklung schwebender Rechtsgeschäfte

I. Allgemeines	550
1. Ausgangslage	550
2. Problemstellung bei gegenseitigen Verträgen	550
3. Der vor der Insolvenzeröffnung von beiden Seiten erfüllte gegenseitige Vertrag	550
II. Insolvenzeröffnung während der Abwicklung eines gegenseitigen Vertrages	551
1. Überblick	551
2. Der vor der Insolvenzeröffnung von einer Seite voll erfüllte gegenseitige Vertrag	551
3. Der vor der Insolvenzeröffnung von keiner Seite voll erfüllte gegenseitige Vertrag	551
III. Anwendungsbereich des § 103 InsO	553
1. Gegenseitige Verträge	553
2. Beschränkungen im Anwendungsbereich, §§ 104–128 InsO	554
3. Unanwendbarkeit des § 103 InsO	554
4. Begriff der vollständigen Erfüllung	555
IV. Konstruktives Verständnis des § 103 InsO	558
1. Problemstellung	558
2. Streitpunkte zu den Rechtsfolgen der Insolvenzeröffnung	559
3. Grundsatzurteil des BGH v 11. 2. 1988: Erlöschenstheorie	560
4. Grundsatzurteil des BGH v 25. 4. 2002 und Suspensivtheorie als neue dogmatische Grundlage	561
5. Zusammenfassung der Grundsätze zur Abwicklung nach neuer Rechtslage (ohne Teilleistungen vor Insolvenzeröffnung)	562

§ 35. Erfüllung durch den Insolvenzverwalter und Nichterfüllung nach § 103 InsO

I. Ausübung des Wahlrechts	565
1. Grundsätze	565
2. Erklärung des Insolvenzverwalters	566
3. Schweigen des Insolvenzverwalters	567
4. Ausschluss und Beschränkung des Wahlrechts	568
5. Maßstab für die Wahlrechtsausübung	571
6. Anfechtung der Wahlrechtsausübung	572
7. Sondervorschriften in Eigenverwaltung und vereinfachtem Insolvenzverfahren	572
II. Erfüllungsverlangen des Insolvenzverwalters	572
1. Rechtsfolgen	572
2. Art und Weise der Erfüllung	573
3. Teilleistungen vor Insolvenzeröffnung	573
III. Ablehnung der Erfüllung und unterlassene Wahlrechtsausübung durch den Insolvenzverwalter	575
1. Grundsätze	575
2. Ausschluss der Rückgabepflicht des Insolvenzverwalters nach § 105 II InsO	576
3. Der Nichterfüllungsanspruch des Vertragspartners, § 103 II 1 InsO	576
4. Teilleistungen	578

§ 36. Besonderheiten einzelner Vertragstypen

I. Verträge über teilbare Leistungen (§ 105 InsO)	580
1. Abgrenzungen: Teilbarkeit/vollständige Erfüllung	580
2. Anwendungsbereich	580
3. Rechtsfolgen	583
II. Der Kauf unter Eigentumsvorbehalt	583
1. Ausgangslage	583
2. Insolvenz des Vorbehaltskäufers	584

3. Insolvenz des Vorbehaltsverkäufers	586
4. Sonderformen des Eigentumsvorbehalts	587
III. Auftrag und Geschäftsbesorgung, §§ 115, 116 InsO	589
1. Anwendungsbereich	589
2. Rechtsfolgen	590
3. Notgeschäftsführung und Insolvenzkenntnis, §§ 115 II, III, 116 InsO	591
4. Sanierungstreuhand	591
IV. Vollmachten, § 117 InsO	592
1. Anwendungsbereich und Rechtsfolge	592
2. Notgeschäftsführung und Insolvenzkenntnis	592
 § 37. Miete, Pacht und ähnliche Schuldverhältnisse sowie Darlehensverträge in der Insolvenz des Darlehensgebers, §§ 108–112 InsO	
I. Anwendungsbereich für bestehende Miet-, Pacht- und ähnliche Schuldverhältnisse	594
1. Übersicht	594
2. Abgrenzungen	594
3. Ähnliche Schuldverhältnisse	595
4. Massezugehörigkeit	596
II. Darlehensverträge in der Insolvenz des Darlehensgebers, §§ 108 II InsO	596
1. Anwendungsbereich und Normzweck	596
2. Einzelerläuterungen	597
III. Bewegliche Sachen und Rechte, § 103 InsO	597
1. Grundsätze (§ 103 InsO)	597
2. Insolvenz des Vermieters	598
3. Insolvenz des Mieters	599
4. Leasingvertrag über bewegliche Sachen	601
IV. Unbewegliche Gegenstände und Räume, § 108 I, III, §§ 109 ff	602
1. Grundsätze (§ 108 I, III InsO)	602
2. Insolvenz des Mieters vor Gebrauchsüberlassung (§ 109 InsO)	603
3. Insolvenz des Mieters nach Gebrauchsüberlassung (§ 109 I InsO)	604
4. Insolvenz des Vermieters	607
V. Sonstige Beendigung des Vertrages während des Insolvenzverfahrens	608
VI. Reformvorhaben: Insolvenzfestigkeit von Lizenzen, § 108 a RegE	608
1. Geltende Rechtslage	608
2. Reformvorhaben für die Insolvenz des Lizenzgebers	609
 § 38. Einfluss der Insolvenzeröffnung auf sonstige Rechtsverhältnisse	
I. Fixgeschäfte und Finanzleistungen, § 104 InsO	610
1. Allgemeines	610
2. Fixgeschäfte	610
3. Finanzleistungen	611
4. Rechtsfolgen der Insolvenzeröffnung	612
II. Vormerkte Ansprüche, 3 106 InsO	612
1. Ausgangslage	612
2. Die Verwirklichung des vorgemerkten Anspruchs im Insolvenzverfahren, § 106 I 1 InsO	613
3. Erweiterung der Insolvenzfestigkeit einer Vormerkung, 3 106 I 2 InsO	615
III. Sondervorschriften des Bürgerlichen Rechts	616
1. Allgemeines	616
2. Vereine und Stiftungen	616
3. Familienrecht	617
4. Verjährung	617
5. Versicherungsrecht	617
6. Verlagsvertrag	618

6. Abschnitt. Aussonderung, Absonderung, Aufrechnung

§ 39. Massebereinigung von „fremden“ Vermögenswerten

I. Gemeinsamer Regelungszweck	620
1. „Istmasse“ und „Sollmasse“	620
2. Aussonderung	620
3. Absonderung	620
4. Aufrechnung im Insolvenzverfahren	621
II. Vollrechte und Sicherungsrechte	621

§ 40. Aussonderung

I. Begriff	623
1. Ansprüche auf Aussonderung	623
2. „Unechte“ Freigabe	623
3. Insolvenzfrees Vermögen des Schuldners	624
II. Aussonderungsfähige Rechte	624
1. Eigentum	624
2. Besitz	627
3. Erbschaftsanspruch	627
4. Beschränkte dingliche Rechte	627
5. Gewerbliche Schutzrechte, Urheberrecht, Persönlichkeitsrechte	628
6. Forderungen	630
7. Obligatorische Herausgabeansprüche	631
8. Anfechtungsrechtlicher Rückgewähranspruch	631
9. Treuhandeigentum	632
10. Verträge für fremde Rechnung	647
11. Anhalterecht beim internationalen Warenkauf	651
III. Aussonderungssperre der Gesellschafter bei Nutzungsüberlassungen	653
IV. Rechtsstellung des Ehegatten	654
1. Keine Haftung	654
2. Besondere Eigentumsvermutung für bewegliche Sachen	654
3. Gütergemeinschaft	655
V. Durchsetzung der Aussonderung	655
1. Der Aussonderungsrechtsstreit	655
2. Sicherung des Aussonderungsgutes, Aufwendungsersatz und Ausgleichspflicht	659
3. Auskunft	660
4. Aussonderungsstop des Vorbehaltslieferanten	661
5. Aussonderung im Eröffnungsverfahren	661

§ 41. Ersatzaussonderung

I. Zweck	663
II. Anwendungsbereich	663
1. Keine Wertvindikation	663
2. Leistung an den Insolvenzschuldner	663
3. Verfügungen des vorläufigen Insolvenzverwalters	664
4. Verfügungen des Insolvenzverwalters	664
5. Dingliche Surrogation	664
III. Aussonderungsvoraussetzungen	664
1. Vereitelung eines Aussonderungsrechts	664
2. Unberechtigte Veräußerung	665
IV. Inhalt des Anspruchs	668
1. Abtretung des Gegenleistungsanspruchs	668
2. Herausgabe der erbrachten Gegenleistung	669
3. Höhe des Anspruchs	671
4. Herausgabe in der „Surrogationskette“? Zweite Ersatzaussonderung	671

§ 42. Absonderung

I. Allgemeines	675
1. Das Pfandrecht als Prototyp	675
2. Keine vertragliche Erweiterung	676
3. Zeitpunkt des Bestehens	676
II. Allgemeine Absonderungsrechte	677
1. Rechte am Immobilienvermögen	677
2. Rechtsgeschäftliche Pfandrechte	683
3. Gesetzliche und Pfändungspfandrechte	687
4. Zurückbehaltungsrecht	691
5. Versicherung für fremde Rechnung und Haftpflichtansprüche	693
6. Gemeinschaftsforderungen	694
7. Zölle und Steuern	694
III. Gegenständlich beschränkte Vorrechte	695
IV. Der Rang der Absonderungsrechte	695
V. Die Ausfallhaftung	695
1. Verhältnis dinglicher und persönlicher Haftung	695
2. Ausfallhaftung	696
3. Verzicht auf das Absonderungsrecht	697
4. Nachweis des Ausfalls	698
5. Haftung von Gesamtschuldnern	699
VI. Die Verwertung unbeweglicher Gegenstände	699
1. Antrag des Gläubigers	699
2. Antrag des Insolvenzverwalters	704
VII. Die Verwertung beweglicher Gegenstände und sonstiger Rechte	707
1. Allgemeines	707
2. Verwertung durch den Insolvenzverwalter	708
3. Verwertung durch den Gläubiger	723
VIII. Eingriffe in Absonderungsrechte	726
1. Durch Insolvenzplan	726
2. Bei Restschuldbefreiung	727
3. Im Verbraucherinsolvenzverfahren	727
IX. Ersatzabsonderung	727
1. Unberechtigte Veräußerung belasteter Vermögensgegenstände	727
2. Unterschied zur Ersatzaussonderung	729
3. Grenzen der Ersatzabsonderung	729
X. Steuerliche Probleme	729
1. Einkommensteuerliche Fragen	729
2. Umsatzsteuerliche Fragen	730
3. Sonstige Steuerarten	732

§ 43. Mobiliarsicherheiten in der Insolvenz

I. Bedeutung von Mobiliarsicherheiten	737
II. Eigentumsvorbehalt und Anwartschaftsrecht	738
1. Einfacher Eigentumsvorbehalt	738
2. Weitergeleiteter und nachgeschalteter Eigentumsvorbehalt	742
3. Abgeleiteter Eigentumsvorbehalt	743
4. Erweiterter Eigentumsvorbehalt	744
5. Verlängerter Eigentumsvorbehalt	747
6. Leasing-Verträge über bewegliche Sachen	753
III. Sicherungseigentum	758
1. Einfache Sicherungsübereignung	758
2. Sicherungsübereignung von Vorbehaltsware	761
3. Verlängerte Sicherungsübereignung	762
IV. Sicherungssessionen	762
1. Grundlage	762

2. Globalzession	762
3. Factoring	763
4. Andere Sicherungszessionen	765
5. Kollision mehrfacher Zessionen	766
V. Verwertung der Mobiliarsicherheiten	766
VI. Mobiliarsicherheiten im internationalen Warenverkehr	766
1. Geltungen des jeweiligen Lagerechts	766
2. Eigentumsvorbehalt	766
3. Sicherungseigentum	767
4. Sicherungszessionen	767
5. Behandlung ausländischer Sicherungsrechte im Inland	768

§ 44. Der Sicherheiten-Pool

I. Begriff und Rechtsnatur	769
1. Banken-Sicherheits-Poolvertrag	769
2. Bassinvertrag	770
3. Miteigentümergeinschaft	770
4. Verwertungsgemeinschaft der Sicherungsgläubiger	771
5. Sicherheiten-Abgrenzungsvertrag	772
6. Vollmacht für einen Sicherheitenverwalter	772
7. Miteigentümergeinschaft mit dem Insolvenzschuldner	773
8. Verwertungsvereinbarungen mit dem Insolvenzverwalter	773
II. Bestimmtheiterfordernis als Grenze gemeinsamer Rechtsverfolgung	773
III. Rechtsverfolgung im Außenverhältnis	774
1. Beweiserleichterung für Miteigentümer	774
2. Einziehung abgetretener Forderungen	774
3. Umfang des Poolanteils	775
4. Schadensersatz	775
5. Geltung allgemeiner Regeln	775
IV. Unzulässige Verwertungsmaßnahmen des Pool	775
V. Innenverhältnis der Poolmitglieder	776
1. Freie Vereinbarung	776
2. Auslegungsregeln für die Verteilung im Innenverhältnis	776
VI. Verhältnis Pool – Insolvenzmasse	777
1. Auskunftspflicht	777
2. Wahl der Erfüllung, § 103 InsO	777
3. Verwertungsvereinbarungen mit dem Pool	777
4. Verwertungsgemeinschaft mit den mit den Sicherungsgläubigern	777
5. Sicherheitenpool im Insolvenzplan	778

§ 45. Die Aufrechnung in der Insolvenz

I. Allgemeines	780
1. Fortgeltung der Exekutionsbefugnis	780
2. Parallele zur Absonderung	781
II. Aufrechnungslage bei Eröffnung des Insolvenzverfahrens	781
1. Wirksamkeit der Forderungen	781
2. Gegenseitigkeit der Forderungen	781
3. Gleichartigkeit der Forderungen	783
4. Fälligkeit	783
5. Aufrechnungsverbote	784
6. Aufrechnung kraft Vereinbarung	786
7. Die Aufrechnungserklärung und ihre Wirkung	787
III. Nachträglicher Eintritt der Aufrechnungslage	789
1. Keine Erweiterung der Aufrechnungsbefugnis durch die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	789
2. Erhalt der Aufrechnungs„anwartschaft“	789

3. Fälligkeit der Forderungen	790
4. Bedingtheit der Forderungen	790
5. Gleichartigkeit der Forderungen	796
6. Sonderregeln für Dauerschuldverhältnisse	796
IV. Gesetzlicher Ausschluss der Aufrechnungslage	797
1. Grundlagen	797
2. Wirkung	797
3. Erwerb der Schuldnerstellung nach Verfahrenseröffnung	797
4. Erwerb der Gläubigerstellung nach Verfahrenseröffnung	800
5. Anfechtbarer Erwerb der Aufrechnungslage	802
6. Aufrechnung mit einer gegen das insolvenzfreie Vermögen des Schuldners gerichteten Forderungen	803
7. Verrechnung in Zahlungssystemen	803
V. Aufrechnung durch den Insolvenzverwalter	804
1. Anlass	804
2. Partielle Geltung der Insolvenzregeln	804
VI. Aufrechnung durch Massegläubiger	805
1. Aufrechnung mit Masseverbindlichkeiten	805
2. Aufrechnung gegen insolvenzfreie Forderungen des Schuldners	805
VII. Steuerliche Probleme	805

7. Abschnitt. Insolvenzanfechtung

§ 46. Grundlagen der Anfechtung nach der Insolvenzeröffnung

I. Allgemeines	815
1. Zweck der insolvenzrechtlichen Anfechtung	815
2. Die Anfechtungsvorschriften der Insolvenzordnung im Überblick und ihr Verhältnis zueinander	816
3. Abgrenzungen der Insolvenzanfechtung zu rechtsähnlichen Tatbeständen	817
4. Verhältnis zwischen insolvenzanfechtung und Aufrechnung	818
5. Systematik der Insolvenzanfechtung	819
II. Geltungsbereich von KO/GesO/InsO	820
1. Anfechtung nach KO bzw GesO und InsO	820
2. Bestandsschutz für vor dem 1. Januar 1999 vorgenommene Rechtshandlungen	820
3. Insolvenzanfechtung bei Auslandsbezug	820
III. Anfechtbarkeit der Rechtshandlungen	820
1. Begriff und Vornahme	820
2. Nichtigkeit und Anfechtbarkeit	823
3. Mittelbare Zuwendungen	824
4. Rechtshandlungen – Handelnde	826
5. Rechtshandlungen des vorläufigen Insolvenzverwalters (§§ 21 II Nr 2, 22 InsO)	827
6. Mehraktige Rechtshandlungen	828
7. Rechtshandlungen nach Insolvenzeröffnung	831
8. Teilanfechtung	832
9. Grund- und Erfüllungsgeschäft	833
10. Anfechtungsfristen	833
11. Unanfechtbare Rechtshandlungen	835
IV. Gläubigerbenachteiligung	837
1. Grundsätze	837
2. Bestehen einer Gläubigerbenachteiligung	839
3. Fehlen einer objektiven Gläubigerbenachteiligung	842
4. Bezugspunkt: Gesamtheit der Insolvenzgläubiger	847
5. Unmittelbare und mittelbare Gläubigerbenachteiligung	848
6. Vorteilsausgleichung	850
7. Hypothetische Kausalität	851

V. Bargeschäfte	852
1. Entwicklung des Begriffs und Rechtslage nach KO und GesO	852
2. Voraussetzungen und Rechtsfolgen eines Bargeschäfts nach § 142 InsO	852
VI. Prüfungsschema für Anfechtungsanspruch	856
 § 47. Die „besondere Insolvenzanfechtung“ (§§ 130–132 InsO)	
I. Allgemeines	858
1. Zweck der „besonderen Insolvenzanfechtung“	858
2. Die Anfechtungsvorschriften im Überblick	859
3. Überblick zu den entsprechenden Tatbeständen in KO und GesO	859
4. Die Krise	859
II. Kongruente Deckungsanfechtung (§ 130 InsO)	864
1. Überblick	864
2. Anfechtbare Rechtshandlungen (§ 130 I 1 InsO)	865
3. Unanfechtbare Rechtshandlungen (§ 130 I 2 InsO)	866
4. Kongruente Deckung	866
5. Krise – Fallgruppen	870
6. Mittelbare Gläubigerbenachteiligung	870
7. Subjektiver Tatbestand	871
8. Beweislast	873
9. Wechsel- und Scheckzahlungen	874
III. Inkongruente Deckungsanfechtung (§ 131 InsO)	875
1. Überblick	875
2. Anfechtbare Rechtshandlungen	876
3. Inkongruente Deckung	876
4. Krise – Fallgruppen	884
5. Mittelbare Gläubigerbenachteiligung	885
6. Subjektiver Tatbestand	885
7. Beweislast	885
8. Verhältnis zu anderen Anfechtungstatbeständen	885
IV. Unmittelbar nachteilige Rechtsgeschäfte und Rechtshandlungen des Schuldners (§ 132 InsO)	886
1. Überblick	886
2. Anfechtbare Rechtshandlungen	886
3. Krise	888
4. Gläubigerbenachteiligung	888
5. Subjektiver Tatbestand	889
6. Beweislast	889
 § 48. Die Vorsatzanfechtung (§ 133 InsO)	
I. Allgemeines	890
II. Der Grundtatbestand des § 133 I InsO	890
1. Überblick	890
2. Rechtshandlungen des Schuldners	890
3. Mittelbare Gläubigerbenachteiligung	895
4. Gläubigerbenachteiligungsvorsatz des Schuldners	895
5. Kenntnis des anderen Teils	899
6. Beweislast	902
III. Entgeltliche Verträge mit nahestehenden Personen (§ 133 II InsO)	903
1. Überblick	903
2. Entgeltliche Verträge	903
3. Nahestehende Personen	903
4. Unmittelbare Gläubigerbenachteiligung	905
5. Subjektiver Tatbestand	905
6. Beweislast	905

§ 49. Die Anfechtung unentgeltlicher Leistungen („Schenkungsanfechtung“), § 134 InsO	
I. Allgemeines	906
II. Tatbestand	907
1. Überblick	907
2. Anwendungsbereich des § 134 I InsO	907
3. Gebräuchliches Gelegenheitsgeschenk	908
4. Mittelbare Gläubigerbenachteiligung	908
5. Subjektiver Tatbestand	908
6. Beweislast	908
III. Unentgeltliche Leistung	909
1. Sprachgebrauch und Begriff der Leistung	909
2. Begriff der Unentgeltlichkeit	909
3. Tilgung und Besicherung fremder Schuld	911
4. Abgrenzung unentgeltlich/entgeltlich	912
5. Teilweise Unentgeltlichkeit („gemischete/verschleierte Schenkung“)	915
6. Schenkungen in Vollziehung eines Schenkungsversprechens	915
§ 50. Eigenkapitalersetzendes Darlehen (§ 135 InsO aF), Gesellschafterdarlehen (§ 135 InsO), Einlage eines stillen Gesellschafters (§ 136 InsO)	
I. Altes und neues Recht bei § 135 InsO und Übergangsrecht	917
1. Altes Recht: Nebeneinander von Novellen- und Rechtsprechungsregeln	917
2. Neuregelung durch das MoMiG	917
3. Übergangsrecht	918
4. Systematik der folgenden Bearbeitung: Nebeneinander von altem und neuem Recht	918
II. Altes Recht: Eigenkapitalersetzendes Darlehen (§ 135 InsO aF) – sog. Altfälle	919
1. Anwendungsbereich	919
2. Die Anfechtung von Sicherungen, § 135 Nr 1 InsO aF	922
3. Die Anfechtung von Befriedigungen, § 135 Nr 2 InsO aF	923
4. Weitere Anfechtungsvoraussetzungen	923
5. Beweislast	924
III. Neues Recht: Gesellschafterdarlehen (§ 135 InsO)	924
1. Anwendungsbereich der Neuregelung	924
2. Anfechtbarkeit der Rückgewähr oder Besicherung eines Gesellschafterdarlehens (§ 135 I InsO)	925
3. Anfechtbarkeit der Befriedigung gesellschafterbesicherter Drittdarlehen (§ 135 II InsO)	927
4. Gebrauchs- oder Nutzungsüberlassung durch Gesellschafter (§ 135 III InsO)	928
IV. Einlage des stillen Gesellschafters (§ 136 InsO)	932
1. Anwendungsbereich	932
2. Anfechtungstatbestand	933
3. Weitere Anfechtungsvoraussetzungen	934
4. Beweislast	934
5. Verhältnis zu anderen Anfechtungstatbeständen	934
§ 51. Die Geltendmachung der Anfechtung	
I. Ausübung des Anfechtungsrechts	935
1. Anfechtung des Insolvenzverwalters im Regelinsolvenzverfahren	935
2. Anfechtungsberechtigung in anderen Verfahrensarten	939
3. Einfluss des Insolvenzverfahrens auf die Gläubigeranfechtung nach dem AnFG	939
II. Geltendmachung der Anfechtung	941
1. Gerichtliche Geltendmachung	941
2. Vorbereitung der Anfechtungsklage	942
3. Anfechtungsklage	947
4. Prozesskostenhilfe	951

III. Systematik zur zeitlichen Begrenzung des Anfechtungsanspruchs	952
1. Ausschlussfrist nach KO und GesO	952
2. Verjährungsfrist nach InsO und Übergangsrecht KO/GesO auf InsO	952
3. Abgrenzung zu den Anfechtungsfristen	953
IV. Verjährung des Anfechtungsanspruchs	953
1. Verjährungsfrist	953
2. Reichweite der Verjährungsfrist	955
3. Wahrung der Verjährungsfrist	956
4. Leistungsverweigerungsrecht nach Fristablauf, (§ 146 II InsO)	958
V. Anfechtungsgegner	959
1. Regelfall	959
2. Mittelbare Zuwendung	959
3. Anfechtung gegen Gesamtrechtsnachfolger (§ 145 I InsO)	960
4. Anfechtung gegen sonstige Rechtsnachfolger (§ 145 II InsO)	961
5. Anfechtung gegenüber der Bundesagentur für Arbeit	964
 § 52. Rechtsfolgen der Anfechtung	
I. Wesen und Wirkung der Anfechtung	965
1. Die schuldrechtliche Theorie	965
2. Abweichende Auffassungen	966
3. Bewertung	967
II. Der Anspruch auf Rückgewähr (§ 143 I InsO)	967
1. Ausgangspunkt	967
2. Rückgewähr in Natur (Primäranspruch, § 143 I 1 InsO)	968
3. Wertersatz (Sekundäranspruch, § 143 I 2 InsO)	969
4. Umfang der Rückgewähr/Rechtsfolgenverweisung auf die Regeln der verschärften Bereicherungshaftung (§ 143 I 2 InsO)	969
5. Beweislast	970
6. Sicherung des Anspruchs	970
7. Haftungserweiterung durch unerlaubte Handlung und Verzug	971
III. Haftungsprivileg des § 143 II InsO	971
1. Voraussetzungen (§ 143 II 1 InsO)	971
2. Wegfall der Privilegierung (§ 143 II 1 InsO)	972
IV. Rückgewähr bei Gesellschaftersicherheit (§ 143 III InsO)	972
1. Anwendungsberich	972
2. Normzweck und Anfechtungsgegner	973
3. Inhalt der Rückgewährpflicht, Erstattungsanspruch	973
V. Ansprüche des Anfechtungsgegners (§ 144 InsO)	973
1. Schicksal der Gegenleistung (§ 144 II InsO)	973
2. Wiederaufleben einer Forderung (§ 144 I InsO)	974
 8. Abschnitt. Die Befriedigung der Massegläubiger	
 § 53. Allgemeines	978
 § 54. Vorwegbefriedigung	978
 § 55. Kosten des Insolvenzverfahrens	
I. Allgemeines	979
II. Gerichtskosten	979
III. Vergütung und Auslagen des Verwalters und der Mitglieder des Gläubigerausschusses ..	980
 § 56. Sonstige Masseverbindlichkeiten	
I. Allgemeines	980
II. Masseverbindlichkeiten nach § 55 I Nr 1 InsO	981
1. Masseverbindlichkeiten „durch Handlungen“ des Verwalters	981
2. Masseverbindlichkeiten „in anderer Weise“	982

III. Masseverbindlichkeiten nach § 55 I Nr 2 InsO	984
1. Allgemeines	984
1. Masseverbindlichkeiten auf Grund Erfüllungsverlangens	984
3. Masseverbindlichkeiten auf Grund gesetzlichen Erfüllungszwangs	984
IV. Masseverbindlichkeiten nach § 55 I Nr 3 InsO	988
1. Voraussetzungen	988
2. Anspuchskonkurrenz	989
§ 57. Zusätzliche Masseverbindlichkeiten	
I. Bei Absonderung	990
II. Aus Sozialplan	990
III. Prozesskosten der Gläubiger	990
IV. Bei Gesellschaftsauflösung	990
V. Bei Betriebsveräußerung unter Wert	990
VI. In der Nachlassinsolvenz	991
VII. Bei fortgesetzter Gütergemeinschaft	991
VIII. Schuldnerunterhalt	991
§ 58. Die Befriedigung der Massegläubiger	
I. Prüfung und Anerkennung	992
II. Geltendmachung und Regulierung	992
1. Geltendmachung	992
2. Regulierung	993
III. Inanspruchnahme des Schuldners	994
§ 59. Die Befriedigung der Massegläubiger bei Massearmut	
I. Allgemeines	995
II. Die Befriedigung bei weitgehender Masselosigkeit	995
III. Die Befriedigung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	995
IV. Der Einwand der Massearmut im Masseprozess	996
§ 60. Steuerforderungen als „sonstige Masseverbindlichkeiten“	996
9. Abschnitt. Die Befriedigung der Insolvenzgläubiger	
§ 61. Die Rangordnung der Insolvenzgläubiger	999
§ 62. Steuerforderungen als Insolvenzforderungen	
I. Einordnung der Steuerforderungen	1000
II. Nicht fällige und nicht entstandene Steuerforderungen	1001
III. Steuerliche Nebenleistungen, Geldstrafen und -bußen	1003
§ 63. Forderungsanmeldung und Verfahren bis zum Prüfungstermin	
I. Anmeldeverfahren	1004
1. Anmeldepflicht	1004
2. Inhalt der Anmeldung	1004
3. Form der Anmeldung	1005
4. Adressat	1005
5. Behandlung beim Verwalter	1006
6. Die Eintragung in die Tabelle	1006
7. Einsichtsrecht der Beteiligten	1008
8. Rücknahme von Anmeldungen	1008
II. Das Verfahren bis zum Prüfungstermin	1009
1. Die Vorbereitung des Prüfungstermins	1009
2. Nachträgliche Anmeldungen	1009

§ 64. Der Prüfungstermin und seine Ergebnisse

I. Forderungsfeststellung	1012
II. Widerspruch	1012
1. Widerspruchsberechtigte	1012
2. Form	1013
3. Vorläufiges Bestreiten	1013
4. Rücknahme des Widerspruchs	1014
5. Widerspruch des Schuldners	1014
6. Beseitigung der Widersprüche	1014
7. Wiedereinsetzung in den vorigen Stand	1014
III. Tabelleneintragungen	1015
IV. Feststellungswirkungen	1016
1. Nicht titulierte Forderungen	1016
2. Titulierte Forderungen	1016
3. Feststellungswirkung bei Nichtinsolvenzforderungen	1017
4. Rechtsbehelfe gegen festgestellte Forderungen	1017
V. Verfolgung bestrittener Forderungen	1018
1. Nicht titulierte Forderungen	1018
2. Titulierte Forderungen	1020
3. Tabellenberichtigungen	1020
4. Kosten des Feststellungstreites	1021
VI. Besonderheiten bei der Geltendmachung von Ansprüchen aus vorsätzlicher unerlaubter Handlung	1021
1. Bedeutung	1021
2. Forderungsanmeldung	1021
3. Vorlage der Tabelle	1022
4. Gerichtliche Belehrung	1022
5. Forderungsfeststellung	1022

§ 65. Die Verteilungen

I. Die Abschlagsverteilung	1024
1. Zeitliche Zulässigkeit	1024
2. Verfahren	1024
II. Die Schlussverteilung	1026
1. Voraussetzungen	1026
2. Schlussbericht	1026
3. Schlussrechnung	1028
4. Schlussverzeichnis	1028
5. Durchführung der Verteilung	1032
6. Übersicht	1033
III. Der Schlusstermin	1033
1. Anberaumung, Bekanntmachung	1033
2. Gegenstände des Schlusstermins	1033
IV. Die Nachtragsverteilung	1035
1. Begriff	1035
2. Die einzelnen Fälle	1035
3. Anordnung	1036
4. Durchführung	1036
5. Insolvenzbeschlagnahme in der Nachtragsverteilung	1036

10. Abschnitt. Das Insolvenzplanverfahren

§ 66. Das Planverfahren und seine Stellung in der Insolvenzordnung

I. Sinn und Zweck des Insolvenzplans	1040
II. Die allgemeinen Grundsätze der Insolvenzordnung und das Insolvenzplanverfahren	1041
1. Marktkonformes Verhalten	1041
2. Vermögensorientierung	1041

3. Gleichrang von Liquidation, übertragender Sanierung und Sanierung	1042
4. Deregulierung	1042
5. Einbindung der dinglichen Gläubiger	1042
6. Mehrheitsprinzip und „pareto optimum“	1042
7. „Par conditio creditorum“ – Gleichbehandlungsgrundsatz und Planverfahren	1043
III. Die Rechtsnatur des Insolvenzplans	1044
IV. Die verfahrensrechtlichen Grundsätze des Insolvenzplanverfahrens	1046
§ 67. Anforderungen an den Insolvenzplan	
I. Gesetzliche Anforderungen	1048
1. Formelle Fragen – Zulässigkeitsprobleme	1048
2. Forderung des Gesetzes: Gruppenbildung	1057
II. Inhaltliche Anforderungen	1063
1. Formelle Anforderungen	1064
2. Materielle Anforderungen	1067
§ 68. Der Ablauf des Insolvenzplanverfahrens	
I. Vor Beginn des Verfahrens: Der „prepackaged plan“	1071
II. Planeinreichung und Vorprüfungsverfahren	1072
III. Zurückweisung des Plans von Amts wegen	1072
1. Verstoß gegen Vorschriften über Vorlagerecht oder Inhalt	1072
2. Schuldnerplan	1073
IV. Die Aussetzung der Verwertung	1075
V. Die Niederlegung des Plans	1075
VI. Der Erörterungs- und Abstimmungstermin	1076
1. Ablauf	1076
2. Änderung des Plans	1077
3. Einzelne Regelungen	1078
4. Stimmrechtszuteilung	1079
5. Stimmliste	1080
6. Gesonderte Abstimmung und schriftliche Abstimmung	1080
7. Mehrheiten	1081
VII. Obstruktionsverbot	1082
1. Mehrheitsentscheidung oder Pareto-Prinzip	1082
2. Das Obstruktionsverbot des § 245 InsO	1084
3. Zustimmung nachrangiger Insolvenzgläubiger und des Schuldners	1093
VIII. Die Bestätigung des Plans und die Aufhebung des Insolvenzverfahrens	1094
1. Bestätigung oder Versagung der Bestätigung von Amts wegen	1094
2. Bestätigung des bedingten Plans	1097
3. Minderheitenschutz	1098
4. Aufhebung des Verfahrens	1099
§ 69. Die Wirkungen des Plans	
I. Grundkonzept	1101
II. Bürgen und Sicherheiten	1102
III. Naturalobligation	1102
IV. Wiederauflebensklausel	1103
V. Eingriff in Anteilseignerrechte	1104
VI. Vollstreckung aus dem Plan	1106
VII. Steuerliche Folgen des Insolvenzplanes	1106
§ 70. Die Überwachung der Abwicklung des Insolvenzplans	
I. Anwendungsbereich	1108
II. Die Person des Überwachenden	1109
1. Verwalter	1109
2. Dritte als Sachwalter	1109
III. Dauer der Überwachung	1110

§ 71. Der Kreditrahmen	
I. Funktion und Voraussetzung	1110
II. Wirkung	1111
III. Begrenzung des Umfangs der Kreditrahmenkreditierung	1111
1. Vermögenswerte beim Wirksamwerden des Plans	1112
2. Bewertung zu Fortführungswerten	1112
IV. Kreditgläubiger	1112
V. Zeitliche Begrenzung des Nachrangs von Insolvenzgläubiger und Neugläubiger	1113
§ 72. Eigenverwaltung im Insolvenzplanverfahren	1113
§ 73. Struktureller Ablauf eines Insolvenzplanverfahrens	1114

11. Abschnitt. Die Beendigung des Insolvenzverfahrens

§ 74. Vorzeitige Beendigung des Verfahrens	
I. Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses	1118
1. Voraussetzungen	1118
2. Wirkungen	1119
II. Einstellung des Verfahrens	1119
1. Einstellung mangels kostendeckender Masse	1119
2. Einstellung nach Anzeige der Masseunzulänglichkeit	1122
3. Der Einwand der Masselosigkeit oder Masseunzulänglichkeit im Masseprozess	1126
4. Einstellung wegen Wegfall des Eröffnungsgrundes	1127
5. Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger	1128
§ 75. Aufhebung des Verfahrens nach Durchführung	
I. Aufhebung nach Schlussverteilung	1130
1. Voraussetzung	1130
2. Verfahren	1130
3. Wirkungen	1131
4. Nachtragsverteilung	1132
II. Aufhebung nach Bestätigung des Insolvenzplans	1132
1. Voraussetzungen	1132
2. Verfahren	1132
3. Wirkungen	1133
III. Aufhebung in der Verbraucherinsolvenz	1133
IV. Aufhebung nach Versagung oder Ankündigung der Restschuldbefreiung	1133
1. Voraussetzungen	1133
2. Wirkungen	1134
3. Zweiter Antrag auf Restschuldbefreiung	1134
V. Anhang: Geschäftsunterlagen	1134

Kapitel IV. Restschuldbefreiung

§ 76. Restschuldbefreiung und Privatinsolvenz	
I. Das Institut der Restschuldbefreiung	1138
1. Konzeption	1138
2. Beschränkte Nachhaftung	1139
3. Verfassungsmäßigkeit	1141
4. Andere insolvenzrechtliche Instrumente zur Schuldbefreiung	1142
II. Verfahrensgestaltung und Wirkungen	1143
1. Insolvenzrechtliches Verfahren	1143
2. Eigenständiges Verfahren	1144
3. Zweistufiges Verfahren	1145

III. Ziele der Restschuldbefreiungen	1145
1. Funktionsbestimmende Regelung des § 1 S. 2 InsO	1145
2. Ausformung	1146
IV. Privatinsolvenz	1146
V. Reformüberlegungen	1148
 § 77. Zulassung zur Treuhandperiode	
I. Grundlagen	1151
1. Zulassungsverfahren	1151
2. Persönlicher Anwendungsbereich des Restschuldbefreiungsverfahrens	1152
II. Eigenes Insolvenzverfahren	1153
1. Eigener Insolvenzeröffnungsantrag	1153
2. Modalitäten des Insolvenzverfahrens	1155
III. Restschuldbefreiungsantrag	1155
1. Hinweispflicht des Insolvenzgerichts und Fristsetzung	1155
2. Antragstellung	1157
3. Antragsobliegenheit	1157
4. Erneuter Antrag auf Erteilung der Restschuldbefreiung	1158
IV. Abtretungserklärung	1160
1. Sachenentscheidungsvoraussetzung und Hinweispflicht	1160
2. Geltungsgrund	1161
3. Erklärung der Abtretung	1162
4. Laufzeit	1162
5. Wirkungen	1163
V. Versagung der Restschuldbefreiung gemäß § 290 InsO	1165
1. Konzeption	1165
2. Versagungsgründe	1166
3. Versagungsverfahren	1178
VI. Ankündigung der Restschuldbefreiung	1181
1. Verfahren	1181
2. Entscheidung über das anschließende Restschuldbefreiungsverfahren, § 289 I 2 InsO	1182
VII. Bestellung des Treuhänders	1184
 § 78. Treuhandperiode	
I. Terminologie und Ordnungsaufgaben	1186
II. Reichweite der Abtretung	1187
1. Abzutretende Forderungen	1187
2. Abtretungsschutz	1189
III. Versagung der Restschuldbefreiung	1190
1. Grundlagen	1190
2. Obliegenheiten gemäß § 295 InsO	1190
3. Zusätzliche Voraussetzungen nach § 296 I 1 InsO	1199
4. Versagungsverfahren	1200
5. Verfahrensobliegenheiten, 3 296 II 2, 3 InsO	1202
6. Versagung wegen Insolvenzstraftaten, § 297 InsO	1203
7. Versagung wegen Unterdeckung der Treuhändervergütung, § 298 InsO	1203
IV. Stellung der Gläubiger	1204
1. Zwangsvollstreckungsverbot, § 294 I InsO	1204
2. Verbotene Sonderabkommen, § 294 II InsO	1206
3. Aufrechnungsbeschränkungen, § 294 III InsO	1206
4. Sonstiges	1207
V. Stellung des Treuhänders	1207
1. Aufgaben des Treuhänders	1207
2. Aufsicht und Entlassung	1210

3. Haftung	1210
4. Vergütung	1210
§ 79. Erteilung und Widerruf der Restschuldbefreiung	
I. Vorzeitige Beendigung der Treuhandperiode	1211
II. Erteilung der Restschuldbefreiung	1211
1. Ende der Treuhandperiode	1211
2. Verfahren	1212
3. Entscheidung	1212
4. Wirkungen	1213
5. Ausgenommene Forderungen, § 302 InsO	1214
6. Sonstige Nachhaftung	1215
III. Widerruf der Restschuldbefreiung	1215
§ 80. Internationale Regelungen zur Restschuldbefreiung	
I. Einführung	1217
II. England und Wales	1217
1. Bankruptcy-Verfahren	1217
2. Discharge	1218
3. Alternativen zur discharge nach dem bankruptcy-Verfahren	1220
III. USA	1222
1. Verfahrensarten	1222
2. Voraussetzungen der discharge	1222
3. Discharge	1223
IV. Frankreich	1224
1. Anwendungsbereich	1224
2. Verfahren	1225
3. Schuldbefreiung	1226
V. Anerkennung ausländischer Restschuldbefreiungen	1226
1. Europäische Regelungen	1226
2. Anerkennung der Entscheidungen aus Drittstaaten	1227
 Kapitel V. Verbraucherinsolvenzverfahren und sonstige Kleinverfahren	
§ 81. Grundlagen des Verbraucherinsolvenzverfahrens	
I. Verbraucherinsolvenzrecht	1230
1. Konzeption	1230
2. Aufgaben	1231
II. Ablauf des Verfahrens	1232
III. Persönlicher Anwendungsbereich	1234
1. Natürliche Person	1234
2. Keine selbständige wirtschaftliche Tätigkeit, § 304 Abs. 1 S. 1 InsO	1234
3. Frühere selbständige Tätigkeit, § 304 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 InsO	1237
IV. Zugang zum Verfahren	1238
1. Verfahrensart	1238
2. Antrag	1238
V. Reformdiskussion	1239
§ 82. Außergerichtlicher Einigungsversuch	
I. Konstruktionsschwächen	1241
II. Beratungshilfe	1242
III. Außergerichtliche Schuldenbereinigung	1242
1. Einigungsversuch	1242
2. Schuldenbereinigungsplan im außergerichtlichen Verfahren	1244
3. Scheitern des Einigungsversuchs	1245

§ 83. Eröffnungsantrag und gerichtliches Schuldenbereinigungsplanverfahren	
I. Konzeption	1246
II. Eröffnungsantrag	1247
1. Allgemeine Zulässigkeitsvoraussetzungen	1247
2. Besondere Zulässigkeitsvoraussetzungen gemäß § 305 Abs. 1 InsO	1247
3. Erneutes Insolvenzverfahren	1251
4. Gläubigerantrag	1252
III. Gegenstand des Schuldenbereinigungsplans	1252
1. Eckdaten	1252
2. Gestaltungsmöglichkeiten	1253
IV. Gerichtliches Schuldenbereinigungsplanverfahren	1254
1. Grundlagen	1254
2. Beanstandungen	1255
3. Zustimmungsverfahren	1257
4. Zustimmungsersetzungsverfahren	1258
5. Wirkungen	1262
§ 84. Vereinfachtes Insolvenzverfahren	
I. Grundlagen	1263
II. Verfahrensvereinfachungen	1264
III. Treuhänder	1265
1. Bestellung	1265
2. Rechtsstellung	1265
3. Aufgaben	1265
IV. Verwertung	1267
V. Vereinfachte Verfahren	1268
§ 85. Stundung der Verfahrenskosten	
I. Struktur	1269
II. Voraussetzung der Kostenstundung	1269
1. Antrag	1269
2. Wirtschaftliche Anforderungen	1270
3. Objektive Voraussetzungen	1271
III. Entscheidung über die Kostenstundung	1271
IV. Wirkung der Kostenstundung	1272
V. Aufhebung der Kostenstundung	1272

Kapitel VI. Eigenverwaltung des Schuldners

§ 86. Die Eigenverwaltung im System der Insolvenzordnung	
I. Einführung	1277
II. Überblick über die gesetzliche Regelung	1277
III. Gesetzliche Vorbilder des Rechtsinstituts der Eigenverwaltung	1278
1. Vergleichsordnung	1278
2. US-amerikanisches Recht	1279
3. Zwangsverwaltung gemäß § 150 b ZVG	1280
IV. Zweck der Eigenverwaltung	1280
§ 87. Anordnung der Eigenverwaltung	
I. Einführung	1282
II. Die Anordnung nach § 270 I 1 InsO	1283
1. Der Antrag auf Eigenverwaltung	1283
2. Zustimmung des antragstellenden Gläubigers	1286
3. Prognose nach § 270 II Nr 3 InsO	1287

4. Die Entscheidung des Gerichts	1293
5. Rechtsmittel	1296
III. Die Anordnung nach § 271 InsO	1297
1. Der Antrag auf Eigenverwaltung	1297
2. Der Antrag der Gläubigerversammlung	1298
3. Die Entscheidung des Gerichts	1299
§ 88. Aufhebung der Eigenverwaltung	
I. Voraussetzungen	1301
1. Antrag der Gläubigerversammlung	1301
2. Gläubigerantrag	1301
3. Schuldnerantrag	1302
II. Entscheidung und Rechtsfolgen	1303
§ 89. Rechtsstellung von und Aufgabenteilung zwischen Schuldner und Sachwalter	
I. Der Schuldner	1304
1. Rechtsstellung	1304
2. Befugnisse und Pflichten des Schuldners	1305
3. Folgen bei Pflichtverletzung	1308
4. Die Gesellschaft in der Eigenverwaltung	1309
II. Der Sachwalter	1315
1. Rechtsstellung	1315
2. Aufgaben des Sachwalters	1315
§ 90. Praktische Bedeutung der Eigenverwaltung	1319
 Kapitel VII. Besonderheiten der Gesellschaftsinsolvenz	
§ 91. Insolvenzrecht und Gesellschaftsrecht	
I. Rechtstatsächliches	1325
1. Die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in der Bundesrepublik	1325
2. Die Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen in Westeuropa	1328
II. Insolvenzzordnung und Gesellschaftsrecht	1330
1. Schutz Dritter vor den Auswirkungen insolvenzbedrohter unternehmerischer Aktivität	1331
2. Insolvenzgesellschaftsrecht	1335
3. Ausblick	1338
§ 92. Die GmbH in der Insolvenz	
I. Rechtstatsächliches	1354
II. Gesellschaftsrechtliches Frühwarnsystem im Vorfeld der Insolvenz/gesellschaftsrechtliche Instrumente zur Abwendung der Krise	1356
1. Das gesellschaftsrechtliche „Frühwarnsystem“	1356
2. Die vereinfachte Kapitalherabsetzung (§§ 58a ff GmbHG) als ein (vorbereitendes) Instrument zur Krisenbewältigung	1357
3. Haftungsrisiken für den Gesellschafter im Rahmen außergerichtlicher Sanierungsverhandlungen	1361
4. Haftungsrisiken des Geschäftsführers im Rahmen außergerichtlicher Sanierungen ..	1365
III. Die Insolvenzfähigkeit	1367
IV. Die Insolvenzgründe	1367
V. Der Insolvenzantrag	1367
1. Das antragsberechtigzte Organ	1367
2. Die Rücknahme des Insolvenzantrags	1374

3. Die Pflicht zur Stellung des Antrags	1376
4. Haftungsrechtliche Folgen bei verspäteter Antragstellung	1383
5. Folgen bei „verfrühter“ Antragstellung	1407
VI. Stellung und Pflichten des Geschäftsführers bis zur Verfahrenseröffnung	1408
1. Die Stellung des Geschäftsführers	1408
2. Die unternehmerischen Pflichten des Geschäftsführers	1410
3. Die verfahrensrechtlichen Rechte und Pflichten im Insolvenzeröffnungsverfahren	1431
4. Auswirkungen der Sicherungsanordnungen auf den Aufgaben- und Pflichtenkreis des Geschäftsführers	1435
VII. Stellung und Pflichten der Gesellschafter in der „führungslosen Gesellschaft“ bis zur Verfahrenseröffnung	1437
VIII. Wirkungen der Verfahrenseröffnung bzw. der Abweisung des Insolvenzantrags	1437
1. Eröffnungsvoraussetzungen	1437
2. Die Ablehnung der Verfahrenseröffnung mangels Masse	1440
3. Die Verfahrenseröffnung	1451
IX. Die Insolvenzmasse	1467
1. Die Firma	1468
2. Einlageversprechen	1469
3. Nachschüsse	1472
4. Sonstige Leistungsversprechen	1472
5. Ansprüche im Zusammenhang mit der GmbH-Gründung	1474
6. Ansprüche im Zusammenhang mit Auszahlungen/Ausschüttungen an Gesellschafter	1476
7. „Eigenkapitalersetzende Gesellschafterleistungen“	1481
8. Ansprüche wegen Missmanagement	1517
9. Gesamt(-gläubiger-)schäden	1521
10. Finanzplankredite	1528
11. Beteiligungen	1531
X. Abschluss des Insolvenzverfahrens, Vollbeendigung der Gesellschaft, Nachtragsverteilung und Fortsetzung der Gesellschaft	1533
1. Fehlende Massekostendeckung	1533
2. Masseunzulänglichkeit	1534
3. Überschuss bei Schlussverteilung	1536
4. Fortsetzung der Gesellschaft nach Abschluss des Insolvenzverfahrens	1537
XI. Rechtslage vor Eintragung der GmbH	1538
1. Verhältnisse vor Abschluss des Gesellschaftsvertrages (Vorgründungsgesellschaft)	1538
2. Die Vor-GmbH	1538
XII. Die aufgelöste GmbH	1545

§ 93. Sonstige Juristische Personen in der Insolvenz

I. Die Aktiengesellschaft	1548
1. Rechtstatsächliches	1548
2. Die Insolvenzfähigkeit	1549
3. Die Insolvenzgründe	1549
4. Der Insolvenzantrag	1550
5. Pflichten des Vorstands und des Aufsichtsrats bis zur Verfahrenseröffnung	1551
6. Die Entscheidung über die Verfahrenseröffnung und ihre Folgen	1552
7. Die Insolvenzmasse	1562
8. Insolvente AG und Kapitalmarkt	1568
9. Beendigung des Verfahrens	1578
10. Besonderheiten bei der KGaA	1578
II. Die Genossenschaft	1579
1. Rechtstatsächliches	1579
2. Die Insolvenzfähigkeit	1580
3. Die Insolvenzgründe	1580
4. Das Insolvenzantragsrecht	1581

5. Die Insolvenzantragspflicht	1581
6. Sonstige Pflichten	1582
7. Die Entscheidung über die Verfahrenseröffnung und ihre Folgen	1583
8. Die Insolvenzmasse	1585
9. Die Nachschusspflicht der Genossen	1586
10. Beendigung des Verfahrens	1589
11. Fortsetzung der Genossenschaft	1589
III. Der rechtsfähige Verein	1590
1. Rechtstatsächliches	1590
2. Die Insolvenzfähigkeit	1591
3. Die Insolvenzgründe	1592
4. Das Insolvenzantragsrecht	1593
5. Die Insolvenzantragspflicht	1593
6. Die Entscheidung über die Verfahrenseröffnung und ihre Folgen	1595
7. Die Insolvenzmasse	1600
8. (Spiel- und Wettkampf-)Lizenzverträge	1604
9. Abschluss des Verfahrens und Vollbeendigung des Vereins	1607
10. Abschluss des Verfahrens und Fortsetzung des Vereins	1608
IV. Der nichtrechtsfähige Verein	1609
1. Die Insolvenzfähigkeit	1609
2. Die Insolvenzgründe	1609
3. Antragsrecht und Antragspflicht	1610
4. Die Insolvenzmasse	1610
V. Die Stiftung	1610
1. Rechtstatsächliches	1611
2. Die Insolvenzfähigkeit	1611
3. Die Insolvenzgründe	1611
4. Insolvenzantragsrecht und -pflicht	1611
5. Die Entscheidung über die Verfahrenseröffnung und ihre Folgen	1612
6. Die Insolvenzmasse	1612
7. Abschluss des Verfahrens und Vollbeendigung der Stiftung	1613
VI. Die Europäische Aktiengesellschaft	1613
VII. Die Europäische Privatgesellschaft	1613
VIII. Die Europäische Genossenschaft	1614
IX. Branchenspezifische Sondervorschriften	1614
1. Versicherungsunternehmen	1614
2. Kreditinstitute	1615
3. Kapitalanlagegesellschaften	1615
4. Unternehmen des Finanzsektors	1616
X. Juristische Personen des öffentlichen Rechts	1616

§ 94. Insolvenz der Personengesellschaften

I. OHG und KG	1620
1. Rechtstatsächliches	1621
2. Gesetzestypische und kapitalistische Personenhandelsgesellschaften	1623
3. Unterscheidung von Gesellschafts- und Gesellschafterinsolvenz	1623
4. Die Insolvenz der Gesellschaft	1624
5. Die Insolvenz des Gesellschafters	1664
6. Die Insolvenz von Gesellschaft und Gesellschafter	1669
II. Die Partnerschaftsgesellschaft	1675
III. Europäische Wirtschaftliche Interessensvereinigung (EWIV)	1676
IV. BGB-Gesellschaft	1676
1. Allgemeines	1677
2. Insolvenzfähigkeit	1677
3. Die Insolvenzgründe	1678
4. Antragsrecht und Antragspflicht	1678

5. Eröffnung, Abwicklung, Beendigung des Insolvenzverfahrens	1679
6. Gesellschafterinsolvenz	1680
V. Stille Gesellschaft	1680
1. Allgemeines	1680
2. Die Insolvenz über das Vermögen des Geschäftsinhabers	1681
3. Die Insolvenz des stillen Gesellschafters	1685
§ 95. Konzern und Insolvenz	
I. Rechtstatsächliches	1687
II. Kein Konzerninsolvenzverfahren	1687
1. Trennungsprinzip	1687
2. Vor- und Nachteile des Trennungsprinzips	1688
III. Insolvenz und Unternehmensverträge	1689
1. Das Schicksal von Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträgen	1689
2. Sonstige Folgen im Insolvenzverfahren des abhängigen Unternehmens	1691
3. Sonstige Folgen im Insolvenzverfahren des herrschenden Unternehmens	1694
IV. Faktische Konzernierungen	1694
1. Faktischer Konzern	1695
2. Qualifiziert faktischer Konzern	1695
§ 96. Steuerliche Besonderheiten der Gesellschaftsinsolvenz	
I. Körperschaftsteuer in der Insolvenz der juristischen Person	1699
II. Steuerliche Besonderheiten im Insolvenzverfahren über das Vermögen einer Personengesellschaft	1701
 Kapitel VIII. Die Stellung der Banken	
§ 97. Kreditgeschäft bei Insolvenz	
I. Allgemeines	1708
II. Kreditgeschäft in der Krise	1708
1. Neue Kredite	1708
2. Kündigung	1711
3. Stillhalten	1713
III. Kredite im Insolvenzantragsverfahren	1714
IV. Kredite im Insolvenzverfahren	1715
1. Zugesagte und ausgezahlte Kredite	1715
2. Aufnahme neuer Kredite	1715
V. Kredite im Planverfahren	1716
1. Kredite im eröffneten Verfahren	1716
2. Kredite im Planverfahren	1716
VI. Insolvenzgeldvorfinanzierung	1716
VII. Gesellschafterdarlehen	1717
1. Allgemeines	1717
2. Begriff des Gesellschafterdarlehens	1718
3. Begriff des Darlehensgebers	1719
4. Betroffene Gesellschaftsformen	1721
5. Nachrang im eröffneten Verfahren	1722
6. Anfechtung von Leistungen vor Verfahrenseröffnung	1724
§ 98. Auswirkung der Insolvenz auf Bankvertrag und Kontobeziehung	
I. Bankvertrag	1725
1. Allgemeines	1725
2. Geschäftsverbindung und Insolvenz	1725
3. Neue Geschäftsverbindungen	1725

II. Einzelkonto	1725
1. Kontokorrent	1725
2. Spareinlagen, Termineinlagen	1726
3. Fremdwährungskonten	1726
III. Besondere Kontoarten	1726
1. Gemeinschaftskonten	1726
2. Konten für Gesellschaften bürgerlichen Rechts	1727
3. Treuhandkonten und Anderkonten	1727
4. Sperrkonten	1728
5. Minderjährigenkonten	1728
6. Insolvenzkonto	1728
IV. Schrankfächer, Verwahrstücke, Depots	1729
1. Schrankfachmiete	1729
2. Verwahrstücke	1729
3. Depotgeschäft	1729
V. Bankgeheimnis	1730
1. Insolvenzverfahren	1730
2. Insolvenzantragsverfahren	1730

§ 99. Zahlungsverkehr bei Insolvenz

I. Überweisungsausgänge	1731
1. Ausführung von Überweisungen vor Zahlungsunfähigkeit und Insolvenzantrag	1731
2. Ausführung von Überweisungen nach Zahlungsunfähigkeit und Insolvenzantrag	1731
3. Überweisungsaufträge nach Anordnung von Verfügungsbeschränkungen	1732
4. Überweisungsaufträge nach Insolvenzeröffnung	1733
II. Überweisungseingänge	1734
1. Berechtigung der Bank zur Gutschrift	1734
2. Berechtigung der Bank zur Verrechnung	1736
III. Einlösung von Schecks	1740
1. Zeitpunkt der Einlösung	1740
2. Fortdauer der Scheckverpflichtung	1740
IV. Einzug von Schecks	1740
1. Warnpflicht	1740
2. Sicherungseigentum am Scheck	1740
V. Einzug und Einlösung von Wechseln	1741
VI. Einlösung von Lastschriften	1741
1. Zeitpunkt der Einlösung	1742
2. Widerspruch gegen die Belastung/Erstattungsanspruch	1742
3. Missbräuchliche Widersprüche	1743
VII. Einzug von Lastschriften	1743
1. Zeitpunkt des Eingangs	1743
2. Widerspruch des Zahlungspflichtigen/Erstattungsanspruch	1744
VIII. Zahlungsverkehrssysteme	1744

§ 100. Leasing

I. Allgemeines	1745
II. Insolvenz des Leasing-Nehmers	1746
1. Mobilien-Leasing	1746
2. Immobilien-Leasing	1747
3. Leasing als Kauf	1748
III. Insolvenz des Leasing-Gebers	1748
1. Mobilien-Leasing	1748
2. Immobilien-Leasing	1749

§ 101. Bürgschafts- und Garantiegeschäft

I. Allgemeines	1750
II. Insolvenz des Auftraggebers	1750
1. Garantierauftrag vor Insolvenzantrag	1750
2. Garantierauftrag nach Insolvenzantrag	1752
3. Garantierauftrag nach Anordnung vorläufiger Maßnahmen	1753
4. Garantierauftrag nach Insolvenzeröffnung	1753
5. Anspruch auf Befreiung von dem Aval	1753
6. Missbräuchliche Inanspruchnahme	1753
III. Insolvenz des Begünstigten	1754

§ 102. Finanzleistungen bei Insolvenz

I. Arten und Rechtsnatur der Finanzleistungen	1755
1. Edelmetallgeschäfte	1756
2. Wertpapiere	1756
3. Wertpapieren vergleichbare Rechte	1756
4. Geldleistungen in ausländischer Währung	1756
5. Fremdbestimmte Geldleistungen	1756
6. Optionen	1757
7. Finanzsicherheiten	1758
8. Finanztermingeschäftscharakter	1758
9. Vertragliche Standardisierung	1758
II. Devisentermingeschäfte bei Insolvenz	1758
1. Fälligkeit und Nichterfüllung bei Zahlungsunfähigkeit	1759
2. Fälligkeit nach Zahlungsunfähigkeit	1759
3. Fälligkeit nach Insolvenzeröffnung	1760
III. Optionsgeschäfte in Wertpapieren bei Insolvenz	1761
1. Risikoerhöhung	1761
2. Optionsgeschäfte vor Verfahrenseröffnung	1762
3. Optionsgeschäfte bei Verfahrenseröffnung	1764
IV. Rahmenverträge über Finanzleistungen	1764
1. Anwendungsbereich	1764
2. Beendigung der Finanztermingeschäfte	1765
V. Finanzsicherheiten	1765
1. Vertragsparteien	1765
2. Sicherungszweck	1766
3. Sicherungsgut	1766
4. Wirksamkeit der Bestellung von Finanzsicherheiten	1766
5. Verwertung von Finanzsicherheiten	1767
VI. Verkäufe und Verbriefungen von Kreditforderungen	1768
1. Vertragskonstruktionen	1768
2. Insolvenzfestigkeit der Treuhandhaltung von Sicherheiten	1769
3. Auswirkungen des Wahlrechts des Insolvenzverwalters	1771

§ 103. Bankinsolvenzen

I. Allgemeines	1773
II. Maßnahmen der Bankenaufsicht bei Vorliegen einer Bankenkrise	1773
1. Regelungen bei unzureichenden Eigenmitteln oder unzureichender Liquidität (§ 45 KWG)	1773
2. Maßnahmen bei Gefahr unterhalb der Schwelle der Insolvenzgefahr (§ 46 KWG)	1774
3. Regelungen bei Insolvenzgefahr (§ 46 a KWG)	1774
4. Einstellung des Bank- und Börsenverkehrs (§ 47 KWG)	1778
5. Insolvenzantragsverfahren	1778
6. Eröffnung eines Insolvenzverfahrens	1779

III. Entschädigung durch Sicherungseinrichtungen	1781
1. Gesetzliche Entschädigungseinrichtungen	1782
2. Institutssichernde und freiwillige Sicherungssysteme	1784
3. Einlagensicherung durch den Bundesverband deutsche Banken e.V.	1784
4. Institutssicherung der Sparkassen- und Giroverbände	1785
5. Sicherungseinrichtung der Genossenschaftsbanken	1786
IV. Finanzmarktstabilisierungsgesetze	1786
1. Voraussetzungen für Stabilisierungsmaßnahmen	1787
2. Arten von Stabilisierungsmaßnahmen	1788
3. Bedingungen für Stabilisierungsmaßnahmen	1793
4. Schutz von Stabilisierungsmaßnahmen	1794
5. Weitere Gesetzgebungsvorhaben	1796
6. Internationale Gesetzgebungsvorhaben	1797

Kapitel IX. Arbeitsrecht und Insolvenz

§ 104. Grundsätze des Arbeitsrechts in der Insolvenz

I. Überblick	1802
1. Das insolvenzspezifische Arbeitsrecht	1802
2. Rechtsquellen des Arbeitsrechts	1805
II. Der Einfluss der Insolvenz auf bestehende Arbeitsverhältnisse	1807
1. Insolvenzeröffnungsverfahren und Insolvenzeröffnung	1807
2. Insolvenzverwalter in Wahrnehmung der Arbeitgeberfunktionen	1812
3. Der Arbeitnehmer in der Insolvenz	1819
4. Individualarbeitsrechtliche Ansprüche	1829
5. Tarifvertragliche Ansprüche	1835
6. Betriebsverfassungsrechtliche Ansprüche	1837
7. Arbeitskampfrecht	1840
III. In der Insolvenz neu entstehende Arbeitsverhältnisse	1840

§ 105. Kündigung und Kündigungsschutz in der Insolvenz

I. Überblick	1844
1. Nicht in Vollzug gesetzte Arbeitsverhältnisse	1844
2. Nachwirkungen beendeter Arbeitsverhältnisse	1846
3. In Vollzug gesetzte Arbeitsverhältnisse	1847
II. Ordentliche Kündigung des Insolvenzverwalters	1859
1. Die Kündigungserklärung	1859
2. Die Kündigungsfristen	1865
III. Allgemeiner Kündigungsschutz	1870
1. Voraussetzungen	1870
2. Sozialwidrigkeit der Kündigung	1872
3. Erhebung der Kündigungsschutzklage in der Insolvenz	1885
IV. Besonderer Kündigungsschutz	1889
1. Überblick	1889
2. Kündigungsschutz im Rahmen der Betriebsverfassung	1889
3. Kündigungsschutz der Schwerbehinderten Menschen SGB IX	1890
4. Kündigungsschutz für Schwangere und Wöchnerinnen	1893
5. Kündigungsschutz nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG)	1895
6. Weitere Einzelfälle besonderen Kündigungsschutzes	1898
V. Außerordentliche Kündigung durch den Insolvenzverwalter	1899
1. Überblick	1899
2. Kündigungsgründe	1899
3. Die Ausschlussfrist des § 626 II BGB	1902
4. Kundgabe und Nachschieben von Kündigungsgründen	1905
5. Rechtswirkungen	1906

VI. Die Änderungskündigung	1906
1. Rechtsformen	1906
2. Reaktionen des Arbeitnehmers	1907
3. Kündigungsschutz	1908
VII. Der Weiterbeschäftigungsanspruch	1909
1. Überblick	1909
2. Der „betriebsverfassungsrechtliche“ Weiterbeschäftigungsanspruch	1910
3. Der „allgemeine“ Weiterbeschäftigungsanspruch	1912
VIII. Die Massenentlassung	1916
1. Sinn und Zweck der Massenentlassungsanzeige	1916
2. Kündigung durch den Arbeitnehmer	1921

§ 106. Betriebsübergang und übertragende Sanierung

I. Betriebsübergang	1927
1. Allgemeines	1927
2. Die Regelung des § 613 a BGB (Überblick)	1929
3. Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 613 a I BGB	1931
4. Die Rechtsfolgen des § 613 a I BGB	1943
5. Die Unwirksamkeit einer Kündigung gem § 613 a IV BGB	1947
6. Haftungsbeschränkungen	1948
7. Unterrichtung und Widerspruch	1951
II. Übertragende Sanierung in der Insolvenz	1953
1. Erwerberkonzept	1954
2. Soziale Auswahl	1956
3. Betriebsteilveräußerung	1956
4. Interessenausgleich mit Namenliste	1959
5. Betriebsstilllegung	1961
6. Wiedereinstellungsanspruch bei nachträglichem Betriebsübergang?	1963

§ 107. Ansprüche der Arbeitnehmer, Geltendmachung und Befriedigung

I. Überblick	1972
1. Grundsätze	1972
2. Ansprüche aus der Zeit vor Insolvenzeröffnung	1973
3. Ansprüche aus der Zeit nach Insolvenzeröffnung	1974
4. Zeitliche Bestimmung	1976
II. Einzelne Arbeitnehmeransprüche	1977
1. Gratifikationen	1977
2. Gewinnbeteiligungen	1978
3. Urlaubsentgelt/Urlaubsgeld	1978
4. Urlaubsabgeltung	1980
5. Abfindungen	1982
6. Schadensersatzansprüche	1983
7. Sozialplanansprüche	1984
8. Nachteilsausgleichsansprüche	1995
9. Ansprüche aus betrieblicher Altersversorgung	1998
10. Altersteilzeit	2000
11. Ansprüche auf Entschädigung aus einer Wettbewerbsabrede	2002
12. Ansprüche des Arbeitnehmererfinders	2004
13. Ansprüche der in Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten	2006
14. Aufwendungen des Betriebsrates	2006
15. Kosten der Einigungsstelle	2007
III. Neumasseverbindlichkeiten	2007
1. Definition der Neumasseverbindlichkeiten	2008
2. Arbeitnehmer als Massegläubiger	2008

IV. Sozialversicherungsbeiträge in der Insolvenz	2012
1. Sozialversicherungsbeiträge für den Zeitraum vor Insolvenzeröffnung	2012
2. Sozialversicherungsbeiträge für den Zeitraum nach Insolvenzeröffnung	2012
3. Anfechtung	2013
V. Insolvenzrechtliche Behandlung der Arbeitnehmeransprüche	2013
1. Anmeldepflichtige Forderungen	2013
2. Nichtanmeldepflichtige Forderungen	2015
3. Arbeitnehmer als Massegläubiger	2015
4. Verfahren bei Masseunzulänglichkeit	2015
5. Aufnahme unterbrochener Verfahren	2017
6. Arbeitnehmer als Insolvenzgläubiger	2020
VI. Arbeitnehmeransprüche in der Gesellschafter-Insolvenz	2020
§ 108. Mitbestimmung in der Insolvenz	
I. Allgemeine Grundsätze	2024
1. Überblick	2024
2. Beteiligung des Betriebsrats bei Einleitung des Insolvenzverfahrens	2025
3. Beteiligung des Betriebsrats bei Durchführung des Insolvenzverfahrens	2027
II. Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei Betriebsänderungen in der Insolvenz	2029
1. Betriebsgröße	2029
2. Planung einer Betriebsänderung	2032
3. Unterrichtung und Beratung	2038
4. Schriftform des Interessenausgleichs	2039
5. Beschleunigtes Einigungsstellenverfahren	2039
6. Gerichtliche Zustimmung zur Durchführung von Betriebsänderungen	2040
7. Nachteilsausgleich	2044
8. Interessenausgleich mit Namensliste	2052
9. Beschlussverfahren zum Kündigungsschutz	2064
10. Anhörung des Betriebsrats	2068
11. Der Sozialplan in der Insolvenz	2070
III. Unterbrechung und Aufnahme von Beschlussverfahren	2077
§ 109. Betriebliche Altersversorgung in der Insolvenz	
I. Vorbemerkung	2080
II. Insolvenzschutz in der Betrieblichen Altersversorgung	2080
1. Betriebliche Altersversorgung	2080
2. Insolvenzschutz	2081
§ 110. Soziale Sicherung in der Insolvenz	
I. Absicherung der Arbeitnehmeransprüche bei Insolvenz des Arbeitgebers	2107
1. Vergütungsansprüche vor Insolvenzeröffnung	2107
2. Vergütungsansprüche nach Insolvenzeröffnung	2107
II. Insolvenzgeld (Insg)	2108
1. Zweck und Bedeutung des Insolvenzgeldes	2108
2. Anspruchsvoraussetzungen	2108
3. Höhe des Insolvenzgeldes	2116
4. Europarechtliche Einflüsse	2117
5. Vorfinanzierung von Insolvenzgeld	2118
6. Auskunftspflichten und Insg-Bescheinigung	2120
III. Kurzarbeitergeld (Kug)	2120
1. Zweck	2120
2. Anspruchsvoraussetzungen	2121
3. Leistungsumfang	2122
4. Neue Bedingungen bis zum 31. 10. 2010	2123
5. Antrag	2123
6. Strukturelles Kug/Transferkurzarbeitergeld	2124

IV. Arbeitslosengeld (Alg)	2126
1. Überblick	2126
2. Die Anspruchsvoraussetzungen im Einzelnen	2126
3. Persönliche Meldepflicht	2127
4. Höhe des Arbeitslosengeldes	2128
5. Ruhen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld und „Gleichwohlgewährung“	2129
6. Aufhebungsvertrag und Sperrzeit	2131

Kapitel X. Die Nachlassinsolvenz

§ 111. Allgemeines

I. Wesen und Zweck	2134
1. Besonderes Insolvenzverfahren	2134
2. Einheitliches Verfahren trotz Erbenmehrheit	2135
3. Mittel zur Haftungsbeschränkung der Erben	2135
II. Rechtsgrundlagen	2135
III. Nachlassinsolvenz und Insolvenzrechtsreform	2136
IV. Bedeutung der Nachlassinsolvenz in der Praxis	2136
1. Wirtschaftliche Bedeutung	2136
2. Bedeutung als Mittel der Haftungsbeschränkung	2136
V. Verhältnis zu anderen Mitteln der Haftungsbeschränkung	2137
1. Nachlassverwaltung	2137
2. Einrede der Unzulänglichkeit des Nachlasses	2138
VI. Analoge Anwendung der §§ 315 ff InsO bei vollbeendeten Personengesellschaften	2138

§ 112. Die Beteiligten und ihre Rechtsstellung

I. Erbe als Schuldner	2139
1. Alleinerbe	2139
2. Mehrheit von Erben	2140
3. Vorerbe und Nacherbe	2140
4. Erbschafts Kauf	2140
II. Weitere Beteiligte auf Schuldnerseite	2140
1. Nachlassempfänger	2140
2. Testamentsvollstrecker	2141
III. Insolvenzverwalter	2141
1. Auswahl des Nachlassinsolvenzverwalters	2141
2. Rechtsstellung	2142
3. Besonderheiten	2142
IV. Gläubiger	2142
1. Verfahrensbeteiligte Gläubiger	2142
2. Kreis der Nachlassverbindlichkeiten	2142
3. Nachlassverbindlichkeiten als Masse- oder Insolvenzforderungen	2143

§ 113. Eröffnung des Insolvenzverfahrens über einen Nachlass

I. Zulässigkeit der Eröffnung	2144
1. Eröffnung vor Erbschaftsannahme	2144
2. Eröffnung trotz unbeschränkter Erbenhaftung	2144
3. Eröffnung trotz Nachlassenteilung	2145
II. Antragsbefugnis	2145
1. Antragsberechtigte auf Schuldnerseite	2145
2. Antragsberechtigte auf Gläubigerseite	2146
III. Antragspflicht	2147
1. Erbe und Nachlassverwalter	2147
2. Keine Antragspflicht für Nachlasspfleger und Testamentsvollstrecker	2148

IV. Anforderungen an einen Antrag	2148
1. Schuldnerantrag	2148
2. Gläubigerantrag	2149
V. Eröffnungsgründe	2149
1. Erweiterung der Eröffnungsgründe durch die Insolvenzordnung	2149
2. Überschuldung	2149
3. Zahlungsunfähigkeit und drohende Zahlungsunfähigkeit	2150
VI. Beschwerdeberechtigung	2151
VII. Insolvenzkostenhilfe	2151
VIII. Eigenverwaltung	2152
IX. Überleitung einer Regelinsolvenz in eine Nachlassinsolvenz	2152
1. Tod des Schuldners vor Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens	2152
2. Tod des Schuldners nach Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens	2152
3. Tod des Schuldners vor oder nach Eröffnung des Verbraucherinsolvenz- oder Kleinverfahrens	2153
X. Zuständiges Insolvenzgericht	2153
1. Örtliche und sachliche Zuständigkeit	2153
2. Internationale Zuständigkeit	2154
XI. Nachlassinsolvenz über das Vermögen eines für tot Erklärten	2154
XII. Auswirkungen der Eröffnung des Nachlassinsolvenzverfahrens aus anhängige Prozesse, Vollstreckungsmaßnahmen und Verfahren der freiwilligen Gerichtsbarkeit	2155
XIII. Nachlassinsolvenz und Restschuldbefreiung	2155
1. Tod des Schuldners während des Insolvenzverfahrens	2155
2. Tod des Schuldners während und nach der Wohlverhaltensperiode	2156
3. Widerruf der Restschuldbefreiung nach dem Tod des Schuldners	2156

§ 114. Masse der Nachlassinsolvenz

I. Umfang der Insolvenzmasse	2157
1. Nachlass	2157
2. Geschäftsbetrieb als Massebestandteil	2160
3. Gesellschaftsanteil an Kapitalgesellschaft und Nachlassinsolvenz	2162
4. Personengesellschaftsanteil und Nachlassinsolvenz	2162
II. Erweiterung der Anfechtbarkeit	2167
1. Anwendung der allgemeinen Vorschriften	2167
2. Erweiterte Anfechtbarkeit	2167
III. Einschränkung der Absonderungsrechte	2168
1. Keine abgesonderte Befriedigung auf Grund einer Vollstreckungsmaßnahme	2168
2. Grund der Einschränkung	2169
3. Materiell-rechtlicher Gehalt des § 321 InsO	2169
4. Keine Rückgabe des Vollstreckungserlöses	2170
5. Vollstreckung auf Grund einer Vollstreckungsmaßnahme	2170
IV. Zurückbehaltungsrecht und Aufrechnung	2171
1. Zurückbehaltungsrecht	2171
2. Aufrechnung	2171
V. Freigabe aus der (Nachlass-)Insolvenzmasse	2172

§ 115. Befriedigung der Nachlassgläubiger

I. Masseverbindlichkeiten	2173
1. Die gleichen Masseverbindlichkeiten wie in der Regelinsolvenz	2173
2. Erweiterung des Kreises der Masseverbindlichkeiten	2173
3. Reihenfolge	2174
4. Rechtliche Stellung	2174
II. Erbe als Nachlassinsolvenzgläubiger	2175
1. Ansprüche auf Grund des Wiederauflebens erloschener Rechtsverhältnisse	2175
2. Ansprüche wegen der Berichtigung von Nachlassverbindlichkeiten	2175
III. Anmeldung der Nachlassinsolvenzforderungen	2177

IV. Rangordnung bei der Befriedigung von Nachlassverbindlichkeiten	2177
1. Teilnahme aller Nachlassgläubiger	2177
2. Voll- und minderberechtigte Nachlassgläubiger	2177
3. Im Aufgebotsverfahren ausgeschlossene Nachlassgläubiger als minderberechtigte Insolvenzgläubiger	2180
4. Rang der minderberechtigten Forderungen aufgelaufenen Zinsen	2180
5. Die minderberechtigten Nachlassgläubiger im Nachlassinsolvenzverfahren	2180
V. Beschränkung bei der Befriedigung bestimmter nachrangiger Nachlassverbindlich- keiten	2181
1. Beschränkung bei Rückgewähr auf Grund Anfechtung	2181
2. Beschränkung der Ersatzleistungen des Erben	2181
VI. Befriedigung von Nachlassverbindlichkeiten außerhalb des Nachlassinsolvenzverfah- rens	2182
1. Beschränkt haftender Erbe	2182
2. Unbeschränkt haftender Erbe	2182
 § 116. Insolvenzplan	
I. Abschluss des Insolvenzplans	2183
1. Zulässigkeit des Insolvenzplans	2183
2. Planinitiativrecht	2183
3. Beteiligte	2184
II. Wirkungen des Insolvenzplans	2184
1. Haftung des Erben entsprechend dem Insolvenzplan	2184
2. Haftung gegenüber den nicht vom Insolvenzplan betroffenen Gläubigern	2185
 § 117. Beendigung des Nachlassinsolvenzverfahrens	
I. Aufhebung und Einstellung	2185
1. Geltung der allgemeinen Vorschriften	2185
2. Haftungsrechtliche Besonderheit	2185
II. Haftung des Erben nach Beendigung des Nachlassinsolvenzverfahrens	2186
1. Aufhebung des Eröffnungsbeschlusses	2186
2. Beendigung durch Verteilung der Masse	2186
3. Einstellung mit Zustimmung der Gläubiger	2187
4. Einstellung mit Ablehnung mangels Masse oder infolge Masseunzulänglichkeit	2187
 § 118. Besondere Fälle	
I. Nacherbfolge	2188
1. Eintritt der Nacherbfolge nach Eröffnung der Nachlassinsolvenz	2188
2. Eintritt der Nacherbfolge vor Eröffnung der Nachlassinsolvenz	2188
3. Stellung des Vorerben nach dem Nacherbfall	2189
II. Erbschafts Kauf	2189
1. Erbschafts Kauf	2189
2. Materiell-rechtliche Wirkung des Erbschafts Kaufs	2189
3. Nachlassinsolvenz nach Erbschafts Kauf	2190
4. Verwandte Verträge	2191
 § 119. Verhältnis der Nachlassinsolvenz zur Erben- und zur Gesamtvermögens- insolvenz	
I. Insolvenzverfahren mit und ohne Einbeziehung des Nachlasses	2192
1. Nachlassinsolvenz und Erbeninsolvenz	2192
2. Gesamtvermögensinsolvenz	2192
3. Eigeninsolvenz über das Vermögen eines Miterben	2193
II. Zusammentreffen von Nachlass- und Erbeninsolvenz	2193
1. Rechtliche Selbstständigkeit der getrennten Verfahren	2193
2. Einschränkungen der Nachlassgläubiger in der Erbeninsolvenz	2194

3. Erbeninsolvenz und Nachlassverwaltung	2194
4. Erbeninsolvenz und Testamentsvollstreckung	2194
III. Nachlassgläubiger bei einem zum Gesamtgut gehörenden Nachlass	2195
1. Allgemeine Voraussetzungen für die entsprechende Anwendung des § 331 I InsO	2195
2. Einzelheiten der Anwendbarkeit des § 331 II InsO	2195

Kapitel XI. Steuerrecht

§ 120. Verhältnis des Steuerrechts zum Insolvenzrecht	2200
--	-------------

§ 121. Allgemeine insolvenzrechtliche Regelungen

I. Übersicht	2202
II. Pflichtverletzungen im Vorfeld einer Insolvenz	2202
III. Anfechtbare Rechtshandlungen der Finanzbehörde	2204
IV. Besteuerung internationaler Insolvenzen	2204

§ 122. Einkommensteuer im Insolvenzverfahren

I. Das einheitliche Einkommen in der Insolvenz	2206
II. Zurechnung des Einkommens und der Verluste	2207
III. Insolvenzzrechtliche Einordnung und Aufteilung der Einkommensteuerschuld	2209
IV. Versteuerung der stillen Reserven	2211
V. Einkommensteuer bei Absonderungsrechten	2212
VI. Vorauszahlungen und Abschlusszahlungen	2212
VII. Veranlagung von Ehegatten	2214

§ 123. Lohnsteuer im Insolvenzverfahren

I. Insolvenzverfahren über das Vermögen des Arbeitnehmers	2215
II. Insolvenzverfahren über das Vermögen des Arbeitgebers	2215
1. Lohnsteuerabzug durch den Insolvenzverwalter	2215
2. Pauschalierung der Lohnsteuer, §§ 40 ff EStG	2217
III. Übergang der Lohnsteuerforderung auf die Bundesagentur für Arbeit	2217
IV. Lohnsteuer bei vorläufiger Insolvenzverwaltung	2218

§ 124. Umsatzsteuer im Insolvenzverfahren

I. Die Einordnung der Umsatzsteuerforderung	2219
II. Fragen des Vorsteuerabzugs	2221
III. Umsatzsteuerliche Probleme beim Werkvertrag	2224
1. Unternehmerinsolvenz	2224
2. Bestellerinsolvenz	2225
IV. Freigabe von Massegegenständen	2225
V. Umsatzsteuer bei Absonderungsrechten	2226
VI. Ermittlung der Umsatzsteuerschuld	2226

§ 125. Sonstige Steuerarten im Insolvenzverfahren

I. Gewerbesteuer	2228
II. Grunderwerbsteuer	2229
III. Grundsteuer	2229
IV. Kraftfahrzeugsteuer	2229
V. Erbschaftsteuer	2230
VI. Investitionszulage	2231
VII. Zölle und andere Grenzabgaben	2231
VIII. Verbrauchsteuern	2231
IX. Eigenheimzulage	2232

§ 126. Die verfahrensmäßige Behandlung der Steuerforderungen

I. Insolvenzantrag der Finanzbehörde	2232
II. Beteiligung von Steuerforderungen an dem Insolvenzverfahren	2233
1. Insolvenzforderungen	2233
2. Masseverbindlichkeiten	2236
III. Durchsetzung gegenüber dem Schuldner	2237
IV. Steuererstattungsansprüche	2237
V. Steueransprüche nach Beendigung des Insolvenzverfahrens	2239
VI. Steueransprüche bei Restschuldbefreiung	2239
VII. Steueransprüche im Verbraucherinsolvenzverfahren	2241

Kapitel XII. Kosten der Insolvenz

§ 127. Kosten des gerichtlichen Verfahrens

I. Gerichtskosten	2244
1. Grundsätzliches	2244
2. Insolvenzverfahren	2246
3. Zeugen- und Sachverständigenentschädigung	2253
II. Gerichtsvollzieherkosten	2254
III. Rechtsanwaltsgebühren im Insolvenzverfahren	2255
1. Allgemeines	2255
2. Eröffnungsverfahren	2255
3. Eröffnetes Verfahren	2256
4. Forderungsanmeldung	2256
5. Restschuldbefreiung, Insolvenzplan	2257
6. Widerruf der Restschuldbefreiung	2257
7. Beschwerdeverfahren	2257
8. Mehrfacher Auftrag	2257
9. Reisekosten und Abwesenheitsgelder, VV 7003 bis 7006	2258
10. Erstattungsfähigkeit	2258
11. Kostenfestsetzung	2258
IV. Gebühren der Rechtsbeistände	2258

§ 128. Die Vergütung der Insolvenzverwalter, der vorläufigen Insolvenzverwalter, der Sachwalter, der Treuhänder und der Gläubigerausschussmitglieder

I. Vergütung des Insolvenzverwalters	2259
1. Allgemeines	2259
2. Berechnungsgrundlage	2262
3. Regelvergütung	2263
4. Abweichen von der Regelvergütung	2264
5. Sonderinsolvenzverwalter	2267
6. Mehrere Insolvenzverwalter	2267
7. Rechtsanwalt-Insolvenzverwalter	2269
8. Geschäftskosten	2270
9. Nachtragsverteilung	2270
10. Überwachung und Erfüllung eines Insolvenzplanes	2271
11. Umsatzsteuer	2271
12. Festsetzungsverfahren	2271
13. Rechtsmittel	2272
14. Vorschuss	2272
II. Vergütung des vorläufigen Verwalters, des Sachwalters und des Treuhänders	2273
1. Allgemeines	2273
2. Vergütung des vorläufigen Verwalters	2273
3. Vergütung des Sachwalters	2276

4. Vergütung des Treuhänders im vereinfachten Verfahren	2277
5. Vergütung des Treuhänders im Restschuldbefreiungsverfahren	2277
III. Vergütung der Gläubigerausschussmitglieder	2277
1. Der Anspruch auf Vergütung	2277
2. Die Vergütung nach Stundensätzen	2278
3. Keine pauschalisierte Vergütungsgewährung	2279
4. Vorschuss	2279

Kapitel XIII. Internationales Insolvenzrecht

§ 129. Grundfragen des Internationalen Insolvenzrechts

I. Gegenstand des Internationalen Insolvenzrechts	2282
1. Aufgabe	2282
2. Grundprinzipien	2283
3. Formelles und materielles Internationales Insolvenzrecht	2284
II. Abgrenzung des Internationalen Insolvenzrechts	2285
1. Auslandssachverhalte	2285
2. Tatbestandswirkung ausländischer Insolvenzen	2285
3. Insolvenzkonflictsrecht und allgemeines Internationales Privatrecht	2285
4. Fremdenrecht	2287
5. Abgrenzung der betroffenen Verfahren	2287

§ 130. Das Europäische Insolvenzrecht

I. Geschichte und Stand der Insolvenzverordnung	2294
II. Ziele der Insolvenzverordnung	2294
III. Anwendungsbereich der Verordnung	2295
IV. Internationale Zuständigkeit	2298
1. Anknüpfung an den „Mittelpunkt der hauptsächlichen Interessen“ des Schuldners	2298
2. Ermittlung des COMI	2299
3. Zuständigkeit bei Konzerninsolvenz	2303
4. Beachtung der Verfahrenseröffnung in einem EU-Staat	2304
5. Zuständigkeit für Partikularverfahren	2308
6. Örtliche Zuständigkeit	2309
V. Insolvenzfähigkeit	2309
VI. Sicherungsmaßnahmen	2309
VII. Anerkennung	2310
1. Anerkennungsvoraussetzungen	2310
2. Anzuerkennende Entscheidungen	2311
VIII. Sekundärinsolvenzverfahren	2315
1. Am Sitz einer Niederlassung	2315
2. Sekundär- oder Partikularverfahren	2316
3. Zusammenarbeit der Verwalter	2316
4. Anmelderecht	2317
5. Gläubigergleichbehandlung	2317
IX. Anwendbares Recht	2317
1. Lex fori concursus als Grundregel	2317
2. Materielle Sonderregeln	2318
X. Richtlinien der Europäischen Union	2318

§ 131. Inländische Insolvenzverfahren mit Auslandsbezug

I. Allgemeines	2322
II. Insolvenz-Immunität	2323
1. Ausländische Staaten	2323

2. Diplomaten und Konsuln	2323
3. Internationale Organisationen	2323
III. Internationale Zuständigkeit für ein Haupt-Insolvenzverfahren	2324
1. Europäisches Recht	2324
2. Autonomes deutsches Recht	2324
3. Zulässigkeit eines Partikularverfahrens	2324
4. Prüfung von Amts wegen	2325
5. Kein Zwang zur Beachtung eines Insolvenzverfahrens in einem Drittstaat	2325
6. Insolvenzfähigkeit	2326
7. Eröffnungsgründe	2326
8. Ermittlungen zum Vorliegen des Eröffnungsgrundes	2327
9. Sicherungsmaßnahmen	2327
10. Zustellung, Veröffentlichung, Registereintragung	2328
11. Ablehnung mangels Masse	2329
IV. Wirkungen der Eröffnung des inländischen Insolvenzverfahrens	2329
1. Umfang der Insolvenzmasse	2329
2. Verwaltung der Masse	2331
3. Leistungen an den Schuldner	2333
4. Wirkungen auf anhängige Zivilverfahren und Vollstreckungen	2334
5. Mitwirkungspflichten des Schuldners, Postsperrung	2337
6. Anmeldung, Feststellung und Rang von Insolvenzforderungen	2337
7. Anrechnung auf die Insolvenzquote	2340
8. Insolvenzplan	2341
9. Restschuldbefreiung	2342
10. Beendigung des Verfahrens	2342
V. Partikularverfahren über das Inlandsvermögen	2342
1. Zweck des gesonderten Verfahrens	2342
2. Partikularverfahren und Sekundärverfahren	2343
3. Partikularverfahren	2345
4. Sekundärverfahren	2345
5. Abwicklung der gesonderten Verfahren	2345
6. Vermeidung von Sekundärverfahren	2355
VI. Nachlassinsolvenzverfahren	2356
1. Internationale Zuständigkeit	2356
2. Umfang der Insolvenzmasse	2357
3. Abwicklung der Nachlassinsolvenz	2357
VII. Anerkennung deutscher Verfahren im Ausland	2357
1. Anerkennung in den EU-Staaten	2357
2. Anerkennung in anderen Staaten	2358
VIII. Parallelverfahren	2360
1. Zusammenarbeit mit ausländischen Amtswaltern	2360
2. Berücksichtigung der Auslandsquote	2361

§ 132. Insolvenzkollisionsrecht

I. Der Grundsatz der lex fori und seine Ausnahmen	2365
1. Die lex fori als Insolvenzstatut	2365
2. Geltung der jeweiligen lex fori für ausländische Insolvenzverfahren	2366
3. Insolvenzstatut als Gesamtstatut	2366
II. Rechtsstellung von Insolvenzverwalter und Insolvenzschuldner	2367
1. Rechtsstellung des Insolvenzverwalters	2367
2. Rechtsstellung des Schuldners	2368
III. Dingliche Rechte	2368
1. Immobilienrechte	2368
2. Aussonderung	2370
3. Absonderung	2370

4. Mobiliarsicherheiten	2371
5. Eigentumsvorbehalt	2374
IV. Gegenseitige Verträge	2375
1. Allgemeines	2375
2. Kaufvertrag, Werkvertrag	2375
3. Verträge über dingliche Rechte	2375
4. Miete, Pacht	2377
5. Leasingverträge	2378
6. Arbeitsverträge	2378
7. Geschäftsbesorgungsverträge, Vollmacht	2380
8. Zahlungssysteme und Finanzmärkte	2380
V. Aufrechnung	2381
VI. Insolvenzanfechtung	2382
VII. Abgrenzung zum Gesellschaftsstatut, Scheinauslandsgesellschaften	2385
1. Problemstellung	2385
2. Bestimmung des Gesellschaftsstatuts	2385
3. Abgrenzung Gesellschafts- und Insolvenzstatut	2386
4. Einzelfragen	2386
VIII. Sanierung, Vergleich, Insolvenzplan, Restschuldbefreiung	2389
1. Sanierung, Zwangsvergleich, Insolvenzplan	2389
2. Restschuldbefreiung	2390
 § 134. Anerkennung ausländischer Insolvenzverfahren	
I. Begriff und Wirkung der Anerkennung	2392
1. Grundsatz der Anerkennung	2392
2. Bedeutung der Anerkennung	2393
II. Voraussetzungen der Anerkennung	2394
1. Allgemeines	2394
2. Vorliegen eines Insolvenzverfahrens	2395
3. Internationale Anerkennungszuständigkeit	2397
4. Kein Vorstoß gegen den deutschen ordre public	2398
5. Keine Gegenseitigkeit	2399
6. Kein formelles Anerkennungsverfahren	2400
7. Öffentliche Bekanntmachung	2400
III. Anzuerkennende Entscheidungen und Wirkungen	2400
1. Der Beschluss über die Eröffnung des Insolvenzverfahrens	2400
2. Prozessführung	2404
3. Anerkennung der Befugnisse des ausländischen Insolvenzverwalters	2407
4. Einstweilige Sicherung der Insolvenzmasse	2408
5. Anerkennung weiterer insolvenzrechtlicher Entscheidungen	2409
6. Anerkennung von mit dem Insolvenzverfahren unmittelbar zusammenhängenden Entscheidungen	2410
7. Vollstreckbarkeit ausländischer Entscheidungen	2411
8. Teilnahme am Auslandsverfahren und Verteilung der Masse	2412
9. Insolvenzplan, Vergleich	2413
10. Restschuldbefreiung	2413
IV. Anerkennung ausländischer Partikularverfahren	2414
1. Inlandsbefugnis des ausländischen Verwalters	2415
2. Befriedigung im Ausland	2415
3. Insolvenzplan, Restschuldbefreiung	2415
V. Inlandswirkung ausländischer Nachlassinsolvenzverfahren	2415
VI. Kooperation mit ausländischen Verfahren	2416
1. Kooperationspflicht der Insolvenzverwalter	2416
2. Ausübung von Gläubigerrechten	2417
3. Konkurrenz von Hauptverfahren	2417
4. Zusammenarbeit der Insolvenzgerichte	2418

§ 134. Übereinkommen und Modellregeln zum internationalen Insolvenzrecht

- I. Das Europarats-Übereinkommen 2420
- II. Das UNCITRAL-Modellgesetz 2421
 - 1. Recht des ausländischen Verwalters auf direkten Gerichtszugang 2422
 - 2. Anerkennung des ausländischen Verfahrens 2422
 - 3. Zusammenarbeit mit dem ausländischen Insolvenzgericht und dem ausländischen Insolvenzverwalter 2423
- III. Der deutsch-österreichische Konkurs- und Vergleichsvertrag 2424
- IV. Vorschriften des internationalen Insolvenzrechts in Verträgen über die Anerkennung und Vollstreckung von Zivilurteilen 2424
 - 1. Ausschluss der Insolvenzsachen 2424
 - 2. Der deutsch-niederländische Vertrag 2425
 - 3. Abkommen einzelner Bundesländer mit Schweizer Kantonen 2425
 - 4. Räumlicher Anwendungsbereich 2425
 - 5. Gegenstand der Regelungen 2425

§ 135. Ausländisches Insolvenzrecht 2427

Sachverzeichnis 2439